

Herausgeber:

KOMITEE

**Für ein demokratisches
Volkswbildungswesen**



DOKUMENTATION:

**Christiane Huth muss
Lehrerin bleiben**

2,-

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Wer ist Christiane Huth?	3
Wie die Schulbehörde Frau Huth nachstellte - oder: ist es absurd, daß bei der Kündigung politische Motive eine Rolle spielten?	6
Eltern und Schüler nehmen ihre Sache selbst in die Hand	13
Komitee für ein demokratisches Volksbildungswesen gegründet!	27

IMPRESSUM:

Verantwortlich: Dirk Zoellner
2 Hamburg 20
Hegestr. 41
Tel 460 40 32

Auflage: 1 500
Druck: Eigendruck
Datum: 22.3.1974

Zum Preis dieser Dokumentation: Viele Menschen werden sagen: "DM 2,-, das ist ganz schön happig!" Aber bedenkt bitte folgendes: Die Arbeit des Komitees hat sehr viel Geld gekostet. Das Geld, das wir bisher gesammelt haben, reicht aber zur Deckung unserer bisherigen Ausgaben und der weiteren Arbeit nicht aus. Deswegen haben wir den Preis für diese Dokumentation als einen Solidaritätspreis festgelegt. Was wir an dieser Broschüre verdienen, kommt allein der Arbeit des Komitees zugute. Privat verdient daran keiner. Bitte habt deshalb Verständnis für diesen Preis.

ANZEIGE

Buchhandlung hübsch-rochitz

2000 Hamburg 13, Grindelhof 37, Telefon 443 633

Wir führen Bücher und Zeitschriften u. a. zur Unterrichtskritik und zum Schulkampf:
z. B.

- Beck, Lernen in der Klassenschule, 4,80
- Zeitschrift Erziehung und Klassenkampf, 5 bis 8,-
- Schülerzeitungen
- Geschichtsbücher aus der DDR

Kommt mal vorbei und seht Euch unseren Laden an. Wir führen Literatur aus folgenden Gebieten:

- *Klassiker des Marxismus-Leninismus*
- *aktuelle Fragen der Arbeiterbewegung wie Parteiaufbau und Gewerkschaftsfrage*
- *Befreiungsbewegungen in der dritten Welt*
- *Entwicklung der sozialistischen Länder*
- *Fortschrittliche Literatur aus allen Gebieten der bürgerlichen Wissenschaften*
- *Revolutionäre Romane*

Hier sind alle Veröffentlichungen des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) erhältlich. Das 14-tägig erscheinende Zentralorgan des KBW ist die Kommunistische Volkzeitung.

In einer Cafeteria ist Platz für Gespräche

Wer ist Christiane Huth?

Christiane Huth war seit Sommer 1973 Klassenlehrerin der 7. Hauptschulklasse in der Schule Bismarckstr. in Eimsbüttel. Als Fachlehrerin unterrichtete sie in den Klassen 6b, H 8 und R 8.



Vorher war sie als Referendarin in Bergedorf in der Schule Ernst-Henning-Str. einer R 8 (später R 9) zugeteilt. Mit dem Kollegium dieser Schule kam sie gut aus und auch zu den Schülern hatte sie ein freundschaftliches Verhältnis (siehe auch die Solidaritätsadressen des Mentors und seiner Klasse).

Schon während der Referendarzeit war Christiane Huth der Schulbehörde nicht unbekannt.

- Sie setzte sich als Gruppenseminarsprecher dafür ein, daß während der Seminarsitzungen politische und gewerkschaftliche Diskussionen stattfinden durften.
- Sie setzte sich bei der Schülerrätin dafür ein, daß die Forderung nach Öffentlichkeit der Prüfungen, die das Hauptseminar aufgestellt hatte, durchgesetzt wurde.
- Sie arbeitete als GEW- Vertrauensfrau aktiv in Bergedorf in der Kreisvertrauensleutekonferenz mit.
- Sie arbeitete in mehreren Arbeitsgruppen mit, die damals vom Referendarausschuß eingesetzt worden waren. Eine Arbeitsgruppe z.B. baute eine "Unterrichtsbank" für Unterrichtsvorbereitungen auf, aus der man Vorbereitungen für den eigenen Unterricht entnehmen konnte.
- Sie arbeitete in der Redaktion der neugegründeten Referendarzeitung mit.

- Sie arbeitete zwei Semester lang im Referendarvorstand mit, dem Vertretungsorgan von ca. 1000 Referendaren, ein Semester davon in einem Kollektiv, in das u.a. auch Marita Hindemith und Peter Altenburg als Mitglieder der Sozialistischen Studentengruppe (SSG) gewählt worden waren.

Zu ihrer Tätigkeit im Referendarvorstand wurde Christiane Huth mehrere Male auf der Schulbehörde befragt, nachdem sie bereits an der Schule Bismarckstr. unterrichtete.

Christiane Huth hat versucht, in ihrem Unterricht von der Wirklichkeit der Schüler auszugehen und alle Probleme des täglichen Lebens in den Unterricht einzubeziehen. So wurde im Unterricht über Wohnsituation der Schüler, über steigende Preise usw. gesprochen. Auch aktuelle politische Fragen wurden im Unterricht behandelt. Hier ein Unterrichtsbeispiel, das sich über mehrere Stunden hinzog und fächerübergreifend in Deutsch, Sozialkunde und Zeichnen behandelt wurde.

Ziel dieser Unterrichtseinheit war, daß die Schüler den Zusammenhang zwischen den Lebenshaltungskosten und der Höhe der Löhne, die diese oft kaum decken oder nur, wenn beide Elternteile arbeiten, erkennen sollten.

Die Schüler sollten sich eine Familie nach ihren Vorstellungen ausdenken, z.B. Familie Müller:

Vater: Paul Müller, 42 Jahre, Dreher
Mutter: Margarete Müller, 36 Jahre, Hausfrau

4 Kinder:	Peter	14 Jahre
	Bärbel	12 Jahre
	Klaus	5 Jahre
	Dieter	3 Jahre.





Dann sollten sie sich überlegen, was Vater bzw. Mutter in ihrem Beruf verdienen. Die meisten Schüler suchten sich Berufe aus, die ihr Vater ausübte oder die sie selbst einmal lernen wollten.

Ferner sollten die Schüler die Wohnung zeichnen, die die Familie bewohnen sollte, und schätzen, wie teuer sie ist. Zuhause sollten die Kinder ihre Schätzungen bezüglich Verdienst und Miete mit den Eltern besprechen und sie fragen, ob sie realistisch wären.

In der Schule sollten sie die Wohnung einrichten, die Gegenstände in die Grundrisse der Wohnung einzeichnen und schätzen, wie teuer sie sind. Zuhause sollten sie den tatsächlichen Preis der Gegenstände ermitteln aus Katalogen, bei einem Gang durch die Kaufhäuser.

So hatten sie einmal geschätzt, was eine Wohnungseinrichtung für die gesamte Wohnung kostet und einmal den tatsächlichen Preis für die Einrichtung ermittelt.

Ferner bekamen sie Matritzenabzüge, auf denen verschiedene Lebensmittel aufgestellt waren. Die Kinder sollten in der Schule den Preis für die angegebene Menge schätzen und nachmittags in ein Geschäft gehen und die Preise überprüfen bzw. den tatsächlichen Preis aufschreiben.

Eine andere Hausaufgabe war: Stelle für die Familie, die du dir ausgedacht hast, ein Mittagessen zusammen. Überlege, welche Mengen an Lebensmitteln du brauchst und berechne den Preis.

Auch hierbei wurden die Eltern, besonders die Mütter miteinbezogen, die sich z.T. über das Interesse der Kinder an ihrer Hausarbeit freuten.

Zum Schluß wurden alle festen Ausgaben, die die Familie hatte, zusammengestellt und ein Haushaltsplan gemacht. Dieser Plan, in dem die monatlichen Einnahmen den Ausgaben gegenübergestellt waren, sollten die Kinder zuhause den Eltern zeigen und sie fragen, ob die Werte nach ihrer Erfahrung mit der Wirklichkeit übereinstimmen.

Wie das nachfolgende Unterrichtsgespräch erkennen ließ, hatten zuhause in vielen Familien lebhaftere Diskussionen stattgefunden. Eine Schülerin sagt: "Mein Vater hat gesagt: Bei dir bleiben ja noch 20 DM übrig, bei uns bleibt nie was nach." Dann wurde ausgerechnet, wie lange die Familie sparen müßte, um sich die ausgesuchte Wohnungseinrichtung kaufen zu können. In den meisten Fällen kamen bei der Rechnung endlose Zeiten heraus. Es wurde erörtert, welche Möglichkeiten bestehen, durch Ratenzahlung, Hypotheken, Kredite usw. eine Finanzierung zu ermöglichen. Auf jeden Fall reichte in den meisten Fällen der normale Lohn nicht aus, sich solche Dinge ohne größere Einsparungen z.B. beim Essen oder bei der Kleidung anzuschaffen. Oder es mußte eben durch zusätzliche Überstundenarbeit oder Nebenarbeit mehr Geld herangeschafft werden.

Auf dem nachfolgenden Elternabend wurde die Unterrichtseinheit mit den Eltern der Klasse besprochen. Ohne Ausnahme wurde ein solcher Unterricht von den anwesenden Eltern für gut befunden.

Auch unsere ELTERN
Sind Für Frau Hut

Solidaritätsadressen

Hummel- Maaß- Hütte
3389 Braunlage, den 20.2.1974

Wir, die Klasse R 10 b der Realschule Ernst- Henning- Straße/
Hamburg- Bergedorf, hatten Frau Huth während ihrer Referendarzeit vom Februar 1972 bis Juli 1973 im Deutsch- und Geschichtsunterricht. Aufgrund dieser Zeit sind wir der Meinung, daß wir uns ein Urteil über Frau Huth erlauben können.

Wir sind immer sehr gut mit ihr ausgekommen. Auch wenn manchmal Konflikte auftraten, so wurden sie doch immer schnell gelöst. Frau Huth bemühte sich, auf unsere Probleme einzugehen, was ihr auch gut gelang, und wobei sich die pädagogischen Fähigkeiten von Frau Huth deutlich zeigten. Den Unterrichtsstoff hat Frau Huth immer interessant und auf vielfältige Art und Weise dargeboten.

Wenn Frau Huth aufgrund ihrer pädagogischen "Unfähigkeit" entlassen werden soll, so sind wir der Meinung, daß mindestens 30% aller Hamburger Lehrer entlassen werden müßten.

gez. Klasse R 10 b
Schule Ernst- Henning- Str.

Dirk du Pin
Schule Ernst- Henning- Straße

Ich beziehe mich auf eine Äußerung des Amtes für Schule, "daß Frau Huth für den Schuldienst nicht geeignet ist" (in: Die Welt 41/74, S.13).

Hierzu nehme ich Stellung, da Christiane Huth vom Februar 1972 bis zum Juli 1973 auszubildende Referendarin meiner Klasse (R 8/ R 9) zugewiesen worden war. Ich hatte die Aufgabe, ihr anleitender Lehrer zu sein.

Nach Verlauf der ganzen Referendarzeit bin ich zur Überzeugung gekommen, daß Christiane Huth eine für den Schuldienst geeignete und fähige Lehrerin ist.

Das Urteil beruht auf weit über 50 Unterrichtshospitationen, einer 10tägigen Klassenfahrt, einer Wochenendfahrt und allen Besprechungen im Verlauf der eineinhalb Jahre.

Frau Huth verstand es, sehr schnell Kontakt zu den Schülern zu finden, deren Probleme zu erkennen und ihnen auch weit über den Unterricht hinaus Hilfen geben zu können.

In allen Gesprächen mit ihren Seminarleitern wurde mir bestätigt, daß Frau Huths Ausbildung einen recht guten Verlauf nahm. Nie wurde während der Referendarzeit das Problem einer Nichteignung angesprochen. Ganz im Gegenteil, wir hielten alle Christiane Huth für fähig, schon kurz nach Beginn ihrer 2. Ausbildungsphase mich in der Klasse für vier Wochen allein zu vertreten, da ich in der Dienststelle Schülerhilfe ein Praktikum ableisten mußte.

Im Kollegium an unserer Schule hat es in den eineinhalb Jahren nie besondere Probleme mit Frau Huth gegeben. Christiane Huth konnte sich der Wertschätzung und Achtung vieler Lehrer erfreuen.

Ich unterstütze bei dem Lehrermangel an allen Hamburger Schularten die sofortige Wiedereinstellung von Frau Huth.

Z.Zt. Braunlage, den 21.2.1974

gez. Dirk du Pin

Wie die Schulbehörde Frau Huth nachstellte - oder:

ist es absurd, daß bei der Kündigung politische Motive eine Rolle spielten?

Die Entlassung von Frau Huth erfolgte mitten im Hamburger Bürgerschaftswahlkampf. Deswegen bemühte sich die SPD den Fall herunterzuspielen und ihn als unpolitische Entlassung hinzustellen. Ein Blick auf den Ablauf der bisherigen Maßnahmen der Schulbehörde gegen Frau Huth beweist das Gegenteil:

Mai 1973: Frau Huth wird zusammen mit 3 anderen nichtorganisierten Kollegen sowie den SSG-Mitgliedern Marita Hindemith und Peter Altenburg auf einem gemeinsamen Programm in den Referendarvorstand (die Vertretung der Studienreferendare) gewählt. Unbehelligt von der Schulbehörde arbeitet sie zunächst im Vorstand und in der Redaktion der Referendarzeitung.

20. 8. 1973: Ende der Referendarzeit, Beginn der Tätigkeit an der Bismarckschule.

19.9.1973: Auf einer Pressekonferenz, die auf Beschluß von 40 Referendaren stattfindet, übergeben Mitglieder des Referendarvorstandes (Frau Huth ist nicht anwesend) der Öffentlichkeit eine Schrift der SSG, die das Protokoll einer Zusammenkunft von Spitzen der Hamburger Schulbehörde mit den Ausbildern am Studienseminar enthält. Auf der Zusammenkunft war beraten worden, wie gegen solche Re-

ferendare vorzugehen ist, die sich mit den gegenwärtigen Zuständen an den Schulen nicht abfinden.

Neben dem Protokoll enthielt die Schrift einen Kommentar der SSG, der zum Anlaß genommen wurde, die Referendare M. Hindemith und P. Altenburg am 20. 9. 73 vom Schuldienst zu suspendieren.

In derselben Woche erhält Frau Huth ein Schreiben der Schulbehörde, in dem sie aufgefordert wird ihre Beteiligung an der Pressekonferenz darzulegen und sich gegebenen Falls von der SSG-Schrift zu distanzieren. Frau Huth antwortet, daß sie an der Pressekonferenz nicht teilgenommen habe.

10. 10. 73: Die Schulbehörde nimmt einen neuen Anlauf. Frau Huth erhält ein Schreiben, in dem ihr eröffnet wird, daß gegen sie disziplinarische Vorermittlungen wegen Verbreitung der SSG-Schrift eingeleitet worden sind.

23. 10. 73: Anhörung in der Schulbehörde zu diesen Fragen. Als die Schulbehörde Frau Huth keinerlei Beteiligung an der Verbreitung der Schrift nachweisen kann, da sie zum fraglichen Zeitpunkt nur noch formal Mitglied des Referendarvorstandes war - sie arbeitete zu dieser Zeit schon als Lehrerin -

Dokumente der Behörde

FREIE UND HANSESTADT HAMBURG

BEHORDE FÜR SCHULE, JUGEND UND BERUFSBILDUNG

AMT FÜR SCHULE

Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung
2 Hamburg 76, Postfach Nr. 581

Fernsprecher 2 91 02. 21.95 (Durchwahl)
Behördenname 9.62.

3. März 1974

- S 312/31 -

FREIE UND HANSESTADT HAMBURG

BEHORDE FÜR SCHULE, JUGEND UND BERUFSBILDUNG

Hamburg, den 1. März 1974

Z e u g n i s

Frau
Christiane Huth

2 Hamburg 13
Brahmsallee 18

Per Postzustellung

Datum und Zeichen Ihres Schreibens

Datum 30.1.1974

Attnummer (bei Antwort bitte angeben)

S 121-32/31

Betreff

Sehr geehrte Frau Huth!

Die Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung kündigt hiermit das mit Ihnen eingegangene Arbeitsverhältnis gemäß § 53 Absatz 1 und § 57 des Bundes-Angestelltentarifvertrages innerhalb der Probezeit fristgemäß zum 28. Februar 1974.

Der Personalrat für Lehrer und Jugendleiter an Volks-, Real- und Sonderschulen hat der Kündigung in seiner Sitzung am 29. 1. 1974 zugestimmt.

Hochachtungsvoll


(Relistab)

Frau Christiane Huth war vom 20.8.1973 bis 28.2.1974 Angestellte in der Tätigkeit einer Studienrätin an Volks- und Realschulen bei der Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung - Amt für Schule -. Bis zum 12.2.1974 war Frau Huth Klassenlehrerin einer 7. Hauptschulklassen der Schule Bismarckstraße 83/85. Außerdem unterrichtete sie in den Fächern Geschichte, Religion, Zeichnen und Madelarbeit in den Klassen 6, 7, 8 und 8.

Ihre Unterrichtspraxis zeigte positive Ansätze im Hinblick auf die Motivation der Schüler. Bei der Behandlung gesellschaftspolitischer Probleme mangelte es noch an präzisen Strukturanalysen. Sie stand dadurch in der Gefahr, stark vereinfachenden Tendenzen zu erliegen. Wenn Frau Huth sich gründlich vorbereitet, gewinnt ihr Unterricht an methodischer und didaktischer Effektivität. Den Schülern kam sie freundlich entgegen; sie vermochte es, zu vielen ein gutes Verhältnis zu gewinnen, obgleich die Klassendisziplin und -ordnung zu wünschen übrig ließen.

Ihre Stellung im Kollegium war problematisch, weil es ihr schwerfiel, Meinungen gelten zu lassen, die von ihrer fest geprägten Einstellung zu manchen Fragen des schulischen Lebens abwichen. Kennzeichnend waren ihre Versuche, in Sitzungen der Lehrerkonferenz und bei Klassenelternabenden entgegen der festgelegten Aufgabenstellung dieser Gremien ihre persönlichen Angelegenheiten zu diskutieren. Infolge der dadurch verursachten Spannungen gelang ihr nicht die Integration in das Kollegium.


(Evers)
Oberschulrat

geht sie zur offenen Gesinnungsschnüffelei über. Sie fragt Frau Huth, was sie getan hätte, falls sie an der Pressekonferenz teilgenommen hätte. Frau Huth legt unter anderem wegen dieser Frage Dienstaufsichtsbeschwerde ein, die Schulbehörde weist diese zurück.

30. 10. 73: Erneute "Einladung" zur Schulbehörde. In dem Brief heißt es: "Es ist zu prüfen, ob arbeitsrechtliche Maßnahmen erforderlich sind."

9. 11. 73: "Gespräch" in der Schulbehörde. Themen:

- Teilnahme von Frau Huth mit zwei ihrer Schüler an einer Demonstration des KBW und der SSG gegen die Entlassung von Marita Hindemith und Peter Altenburg aus dem Schuldienst.
- Erklärung gegenüber dem Schulleiter, daß sie sich mit M. Hindemith solidarisch erklärt. Gemeint war damit laut Protokoll: "... daß ich einige Sachen, die Marita in dem Flugblatt geschrieben hat, richtig finde, andere aber nicht." "... und daß ich es befürworte, daß sie wieder eingestellt wird."

- Diskussion eines Flugblattes zum Fall Hindemith/Altenburg in der Klasse von Frau Huth. (Diese drei Themen wurden von der Schulbehörde aufgrund eines entsprechenden Berichtes des Schulleiters angesprochen.)

- Vorlage des Referendarprogramms, auf dem Frau Huth im Mai (!) 1973 kandidiert hatte.

In der Folgezeit schreibt der Schulleiter weitere Berichte über Frau Huth : Themen:

- der von ihm aufgelöste Elternabend

- Antrag von Frau Huth im Kollegium, ihre Vorladungen zur Schulbehörde zu diskutieren

- Gespräch von Frau Huth mit einer Putzfrau (zur Zeit der drohenden Kündigung).

Außerdem enthält die Personalakte einen Bericht über das Auftreten von Frau Huth auf einer Wahlveranstaltung der CDU.

15.1.74 : Frau Huth erfährt, daß die Schulbehörde ihre Entlassung erwägt.

16.1.74 : Gespräch mit Vertretern des Personalrates. Frau Huth hat den Eindruck, daß der Personalrat ihr freundlich gesonnen ist.

23.1.74 : Stimmungsumschwung im Personalrat. Der PR wirft Frau Huth vor, daß der KBW ein Flugblatt zu ihrem Fall veröffentlicht hat (Eimsbüttler Lehrerin soll entlassen werden).

"Dadurch, daß sie anderen in ihrer Angelegenheit die Möglichkeit zu verfälschender Darstellung des Sachverhaltes gegeben haben, erschweren Sie dem PR die Vertretung Ihrer Interessen als Angestellte der Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung außerordentlich und machen diese unter Umständen sogar unmöglich." Wohl aufgrund dieser Meinung stimmt der PR der Entlassung zu, weigert sich aber mit Hinweis auf seine Schweigepflicht Frau Huth die Gründe dafür zu nennen.

31.1.74 : Kündigungsschreiben ohne Begründung.

7.2.74 : "Gespräch" in der Schulbehörde

Thema: Die Aktionen der Schüler und Eltern gegen die Entlassung und die Mitarbeit von Frau Huth im Komitee.

Briefwechsel zwischen Senator Apel und Ch. Huths Mutter

FREIE UND HANSESTADT HAMBURG

BEHORDE FÜR SCHULE, JUGEND UND BERUFSBILDUNG

PHASES

14. Februar 1974

Frau
Aenne Petersen

2257 Riddorf/Bredstedt
Riddorfer Ring 14

Sehr geehrte Frau Petersen,

Ich habe Ihr Schreiben vom 12.2.1974 erhalten. Ich habe volles Verständnis dafür, dass Sie als Mutter so schreiben, und auch dafür, dass Sie den Angaben Ihrer Tochter Glauben schenken. Dennoch muss ich der Darstellung, die Ihre Tochter und die politischen Freunde Ihrer Tochter in der Öffentlichkeit geben, entschieden widersprechen. Richtig ist vielmehr folgendes:

Ihre Tochter Christiane Huth ist Lehrerin im Angestelltenverhältnis. Ihre Probezeit läuft zum 28.2.1974 ab. Während der Probezeit ist die Behörde zu der Auffassung gekommen, dass Ihre Tochter für den Schuldienst nicht geeignet ist. Diese Auffassung teilt auch der Personalrat und das Kollegium der Schule, an der Ihre Tochter tätig war. Aus diesem Grunde ist Ihrer Tochter gekündigt worden.

Es ist nun nicht richtig, dass die Behörde Ihrer Tochter die Gründe nicht mitgeteilt hat. Dies ist sehr wohl geschehen, und zwar, obwohl der Bundesangestelltentarifvertrag die Verpflichtung für eine Begründung gar nicht vorsieht und eine solche Begründung bei einer Kündigung während der Probezeit im allgemeinen nicht üblich ist. Es ist etwas Selbstverständliches, dass während einer Probezeit die Eignung geprüft wird - das ist der Zweck der Probezeit - und dass gegebenenfalls der Arbeitgeber mit der Kündigung zum Ausdruck bringt, dass diese Eignung und damit die Möglichkeit einer

weiteren Zusammenarbeit verneint wird. Wenn Ihre Tochter trotzdem - auch öffentlich - behauptet, ihr seien keinerlei Gründe angegeben worden, so entspricht das nicht der Wahrheit. Unter anderem ist diese Tatsache in einem Protokoll vom 7.2.1974 vermerkt, das sich in Abschrift auch im Beisitz Ihrer Tochter befindet. Vielleicht macht es auch Sie nachdenklich, dass Ihre Tochter trotzdem bei Ihrer öffentlichen Behauptung bleibt, sie habe keinerlei Begründung erhalten.

Etwas anderes wäre es, wenn sie erklären würde, diese Gründe überzeugten sie nicht. Wenn Ihre Tochter oder Sie meinen, dass die Behörde hier nicht Rechtens gehandelt hat, so kann ich nur empfehlen, den Rechtsweg zu beschreiten. Das Arbeitsgericht ist in unserem Rechtsstaat dazu berufen, diese Frage zu entscheiden.

Richtig ist weiter, dass Ihre Tochter im Vorfeld der Kündigung, Insbesondere aber nach Erhalt der Kündigung, eine öffentliche Aktivität entfaltet hat, die nicht gebilligt werden kann. Insbesondere hat sie auch das positive Engagement von Schülern zur Verfolgung höchst persönlicher Interessen missbraucht. Für die Kündigung konnte dies alles schon deshalb keine Rolle spielen, weil es überwiegend erst erfolgte, nachdem die Kündigung bereits ausgesprochen war. Für das Kollegium der Schule Bismarckstrasse war es indes ein Anlass dafür, sich mit überwältigender Mehrheit von diesem Verhalten zu distanzieren und im Interesse der Schüler die sofortige Versetzung Ihrer Tochter zu verlangen. Ich habe darauthin Ihrer Tochter ein - wie mir scheint - sehr faires Angebot gemacht, indem ich ihr die Wahl liess, sich bis zum Ende ihrer Probezeit an eine andere Schule versetzen zu lassen oder aber den Verzicht auf ihre weiteren Dienste bei voller Gehaltsweiterzahlung zu akzeptieren. Ihre Tochter hat sich für den zweiten Vorschlag entschieden. Damit habe ich aber auch alles getan, was mir unter Beachtung des geltenden Rechts zu tun möglich war. Ich muss mit allem Nachdruck darauf hinweisen, dass Ihre Tochter in jeder Hinsicht korrekt behandelt worden und die getroffene Entscheidung einwandfrei ist. Sollte dies von seiten Ihrer Tochter oder von Ihrer Seite bezweifelt werden, steht dafür, wie erwähnt, der Rechtsweg offen.

Es tut mir leid, dass ich Ihnen keine andere Nachricht zukommen lassen kann.

Hochachtungsvoll



Aenne Petersen
2257 Riddorf/Bredstedt
Riddorfer Ring 14

Riddorf, den 18.2.1974

An die
Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung
z. Hdn. von Herrn Senator Apel

2 Hamburg 76
Hamburger Straße 31

Betr.: Kündigung meiner Tochter Christiane Huth
Bezug: Ihr Schreiben vom 14.2.74

Sehr geehrter Herr Apel!

Die Begründung zur Kündigung meiner Tochter, die Sie mir mit Schreiben vom 14. d.M. gaben, erscheint mir recht fadenscheinig und ich bin nicht bereit, sie zu akzeptieren.

Sie geben zwar in der "Welt" bekannt, daß keine politischen Gründe für die Entlassung meiner Tochter maßgebend seien, doch bereits im ersten Abschnitt Ihres Schreiben an mich wird deutlich, daß es eine politische Entscheidung war, die nichts mit den pädagogischen Fähigkeiten meiner Tochter, die angeblich der Entlassungsgrund sind, zu tun haben.

Die Aktivitäten meiner Tochter, von denen Sie im Verlaufe Ihres Briefes schreiben, hatten nichts mit Politik zu tun, sondern bezogen sich nur auf offensichtlich vorhandene Mißstände in der Schule, die dem Schulleiter vorgetragen wurden und die der Schulbehörde vielleicht gar nicht bekannt waren. Der Mangel an Lehrmitteln, zumindest in ihrer Klasse, mußte zwangsläufig zu einer Diskussion mit den Schülern und deren Eltern führen. Es liegt doch auf der Hand, daß Eltern, denen das Wohl ihrer Kinder am Herzen liegt, eine Lehrerin unterstützen, die solche Dinge anprangert.

In der "Welt" geben Sie ein völlig falsches Bild dieser Situation. Sie sagen, daß meine Tochter mit Flugblättern versucht habe, die Schule für ihren Fall zu mobilisieren, verschweigen aber, daß diese Flugblätter gar nicht von ihr kamen. Meine Tochter hat lediglich erst nach ihrer Kündigung einen Brief an Eltern und Lehrer verteilt. Die Flugblätter wurden auf Elterninitiative und von den Schülern herausgegeben ohne Zutun meiner Tochter, und wenn ihre sogenannten "politischen Freunde" die Sache aufgegriffen haben, dann doch nur deshalb, weil meine Tochter bei Ihrer Behörde auf taube Ohren gestoßen ist. Es ist schlimm genug, wenn man sich nur auf solche Art und Weise Gehör schaffen kann.

Sie schreiben, Ihre Behörde wäre zu der Auffassung gekommen, daß meine Tochter für den Schuldienst nicht geeignet sei. Wieso können Ihre Instanzen feststellen, daß sie das nicht ist, nachdem sie ihre Prüfungen alle bestanden hatte und auch während der Referendarzeit gute Noten bekam. Ich muß zum Schluß kommen, daß Ihrer Ansicht nach ein Pädagoge ein schlechter Pädagoge ist, wenn er die Interessen seiner Schüler vertritt. Ich frage Sie : welche Interessen Ihrer Meinung nach ein guter Pädagoge vertreten soll?! Ich vermute, daß es persönliche Aversionen sind, die zu diesem Urteil geführt haben, denn die Schüler und auch deren Eltern sind anscheinend zu einem anderen Ergebnis gekommen, und wenn dem so ist, dann wäre hier nicht eine Kündigung angebracht gewesen, sonder man hätte, wenn die Belange der Schüler wirklich ernst genommen worden wären, eine Versammlung der Eltern, der Lehrer und des Schulleiters einberufen müssen oder man hätte meine Tochter an eine

andere Schule versetzen können. Daß dies nicht geschehen ist, sehe ich als Ausdruck des schlechten Gewissens Ihrer Schulbehörde an und als völliges Ignorieren der Interessen der Elternschaft.

Ich frage mich, was an Ihrem Angebot fair ist, meine Tochter während der letzten Wochen ihrer Probezeit an eine andere Schule zu versetzen, ohne ihre Kündigung aufzuheben. Warum haben Sie diese "faire Geste" nicht vorher durch eine Versetzung an eine andere Schule verwirklicht? Seien Sie doch ehrlich und sprechen Sie es aus: Meine Tochter war Ihnen unbequem und sie wollten sie los werden. Darum haben Sie ihr keine Chance gegeben, sondern Sie haben Ihr gesamtes Handeln darauf eingerichtet, daß es letzten Endes auf eine Entlassung herauskam.

Sie sagen ferner in Ihrem Zeitungsbericht, daß das Lehrerkollegium beschlossen hätte, daß meine Tochter bis zum Ablauf ihres Arbeitsverhältnisses an eine andere Schule versetzt werden solle. Hatten Sie denn eine andere Entscheidung von dem Kollegium erwartet, nachdem es in der Behandlung meiner Tochter schon eine Kostprobe Ihrer Macht genossen hatte?

Falls Ihre Entscheidung nicht doch noch zugunsten meiner Tochter ausfallen sollte, dann bleibt, wie Sie schreiben, nur der Rechtsweg offen, und ich kann nur hoffen, daß in unserem Rechtsstaat auch Recht gesprochen wird.

Hochachtungsvoll

gez. Aenne Petersen

ANZEIGE

Die Wuchtel

Cafeteria in der ESG

Nicht nur für Studenten!!

PREISE: Kaffee - ,50
Tee (5 Sorten) - ,50
Bier - ,40
Orangensaft - ,30
Kuchen - ,50
Wurstbrot 1,-
Schmalsbrot - ,50
Gurken - ,40

Ort: Evangelische
Studentengemeinde
2 Hamburg 13
Grindelallee 9 7. Stock

Öffnungszeiten:
Mo - Fr 11⁰⁰ - 22⁰⁰ Uhr

K E I N K O N S U M Z W A N G !!

Außerdem Bibliothek, Tageszeitungen und Möglichkeit zur Kommunikation
- Diskussionstische - Arbeitsplätze -
(Gruppensitzungen nach Absprache)

Einige Tage später : Erneutes "Gespräch" in der Schulbehörde. Thema : Frau Huth's Tätigkeit in der Öffentlichkeit. Die Schulbehörde vertritt den Standpunkt, ein Angehöriger des Öffentlichen Dienstes dürfe nicht in der Weise wie Frau Huth an die Öffentlichkeit treten.

12.2.74 : Aufgrund der Resolution des Kollegiums wird Frau Huth für die letzten 14 Tage an eine andere Schule versetzt. Es wird ihr freigestellt, zu Hause zu bleiben.

15.2.74 : Objektive Fernsehsendung im Nordschau Magazin, die zu einem geharnischten Protest der Schulbehörde führte (siehe den abgedruckten Artikel aus der WELT).

8.3.74 : Erster Arbeitsgerichtstermin Das Gericht sagt deutlich, daß das Kündigungsschutzgesetz Anwendung findet. Konsequenz: Die Behörde muß die Kündigungsgründe schriftlich vorlegen und beweisen. "Vorsorglich" hatte sie das bereits in einem Schriftsatz vom 4.3.74 getan. Darin heißt es :

"Ihr ist am 7.2.1974 anlässlich eines dienstlichen Gesprächs von Herrn Oberschulrat Kayser eröffnet worden, daß die Kündigung wegen mangelnder persönlicher Eignung für den Schuldienst erfolgte. Zur Begründung verwies er u.a. auf den Befähigungsbericht des Schulleiters, der ihr mit Schreiben vom 25.1.1974 in Kopie ü-

bersandt worden war. In diesem Bericht wird ausgeführt, daß die Klägerin bei jeder sich bietenden Gelegenheit versucht hat, im Kollegium Parteinarbeit für ihre persönlichen Belange zu erwirken. Sie distanzierete sich ausweislich des Berichts auch nicht von ihrer Behauptung, sie würde laufend vom Schulleiter bespitzelt. Im Rahmen einer Lehrerkonferenz am 13.12.1973 wurde sie von einem Kollegen aufgefordert, sich für diese unbewiesene Behauptung zu entschuldigen. Die Klägerin reagierte daraufhin lediglich mit der Bemerkung, daß zuerst einmal der Schulleiter versprechen müßte, in Zukunft keine vertraulichen Berichte mehr hinter ihrem Rücken an die Behörde zu schicken. (...)

Es kommt hinzu, daß die Klägerin sich auch nicht gescheut hat, die von ihr unterrichteten Kinder einer 7. Hauptschulklasse (12 bis 13 Jahre alte Schüler und Schülerinnen) zu mobilisieren. Nachdem sie bereits im Oktober 1973 an einem vom Kommunistischen Bund Westdeutschlands und der SSG gemeinsam durchgeführten Demonstrationenzug von der Moorweide zum Besenbinderhof eingehakt mit 13jährigen Schülern ihrer Klasse teilgenommen hatte, duldeten sie es, daß Ende Januar/ Anfang Februar 1974 von Schülern ihrer H 7 in ihrer Privatwohnung Plakate mit teilweise diffamierenden Karikaturen und ein Flugblatt mit dem Titel: "Die Lehrerin Frau Huth muß bleiben, sonst werden wir's dem Apel zeigen" erstellt wurden. Im Zusammenhang mit diesen Aktivitäten, die auch zu Störungen des Unterrichtsablaufs in anderen Klassen führten, faßte das Kollegium der Schule am 11.2.1974 eine Resolution, in der unabhängig von der bereits zum 28.2.1974 ausgesprochenen Kündigung die sofortige Herausnahme der Klägerin aus dem Unterricht an der Schule Bismarckstr. gefordert wurde."

ANZEIGE

Birge Mundt-Nissen
GOLDSCHMIEDEMEISTERIN

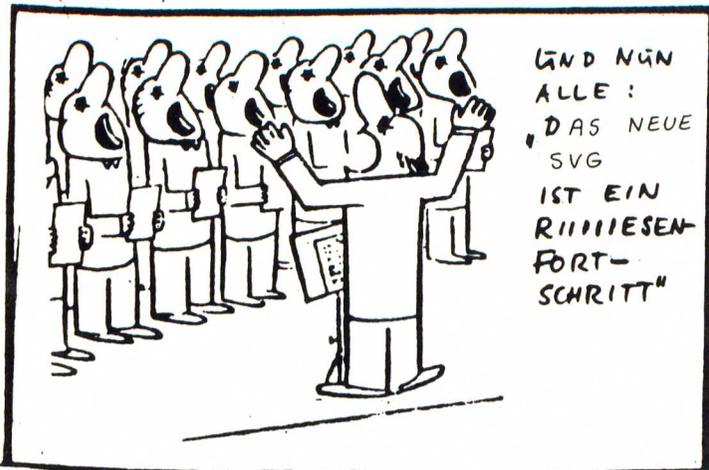
2 HAMBURG 13
GRINDELBERG 90
TELEFON 45 41 21

Anfertigungen aus eigener Werkstatt

Umarbeitungen und Reparaturen

Eltern und Schüler nehmen ihre Sache selbst in die Hand

Die Schwierigkeiten, die Christiane Huth von Seiten der Schulbehörde bekam, blieben den Eltern und Schülern nicht verborgen. Weil sie die Lehrerin behalten wollten und befürchteten, daß die Schulbehörde ihre Entlassung plant, hatten die Elternvertreter der H 7 schon am 4.11.73 einen Elternabend einberufen. Einziger Tagesordnungspunkt waren die Schwierigkeiten, die die Schulbehörde Frau Huth machte. Dieser Elternabend wurde - noch bevor er richtig begonnen hatte - vom Schulleiter Andersen aufgelöst mit der Begründung, daß das Thema nach dem Schulverfassungsgesetz kein Thema für einen Elternabend sein dürfe. Die Eltern haben sich energisch gegen diese Zensur des Schulleiters und die Beschneidung ihrer Rechte durch das Schulverfassungsgesetz ausgesprochen und den Elternabend in einer Gaststätte trotzdem durchgeführt.



Sie beschlossen, eine Unterschriftensammlung durchzuführen, mit der die Eltern bekundeten, daß sie "voll hinter den Unterrichtsmethoden von Frl. Huth" stehen. Von 33 Eltern haben 30 bereitwillig unterschrieben. Ein Elternpaar konnte wegen Krankheit nicht erreicht werden. Die Resolution wurde der Schulbehörde zugeschickt. Zu dieser Resolution steht der weitaus größte Teil der Eltern auch heute noch. Alle 26 Elternpaare, die die Elternvertreter bisher erreicht haben, haben ihre Unterschrift erneuert. Senator Apel lügt also, wenn er behauptet (auf einer Wahlveranstaltung in Bergedorf), 16 Eltern hätten ihre Unterschrift zurückgezogen!

Doch die Arbeit der Behörde und des Schulleiters gegen die Lehrerin hörten nicht auf. Am 18.1.74 wandten sich die Elternvertreter erneut an die Schulbehörde. Sie wiesen die Vorwürfe, Christiane Huth sei keine gute Lehrerin, energisch zurück. "Wir können nicht einsehen", hieß es in dem Brief, "daß Frl. Huth aus diesen Gründen entlassen werden soll und fordern die sofortige Rücknahme der Kündigungsdrohung."

Gleichzeitig wandten sich die Elternvertreter an den Elternrat Niens der Schule, weil sie meinten, daß dieser Fall alle Eltern angeht. Doch der Elternrat zeigte sich wenig kooperativ und weigerte sich, ein Informationsblatt der Elternvertreter der H 7 an alle Eltern zu verteilen. Dafür klappt seine Zusammenarbeit mit der Schulbehörde und dem Schulleiter umso besser: Niens ließ von den Lehrern in allen Klassen eine Hetzschrift ("Warnung") verteilen, in der er nicht vor Verdrehungen und Verleumdungen zurückschreckt. Gleichzeitig nahmen die Lehrer den Schülern einen Offenen Brief von Christiane Huth, den sie vor der Schule verteilt hatte, im Unterricht wieder weg. Chr. Huth wird "politische Einseitigkeit, Indoktrination und Beeinflussung der Eltern und Schüler" vorgeworfen - doch wer indoktriniert hier eigentlich wen? Die Eltern und das später gegründete Komitee



Resolution der Eltern der Klasse H7

Hamburg, d.8.11.1973

Wir haben erfahren, daß Fräulein Huth wiederholt Schwierigkeiten von Seiten der Schulbehörde bekommen hat und möchten hiermit erklären:

- 1.) Wir sind der Meinung, daß die Kinder Frl. Huth als Klassenlehrerin akzeptieren und mögen.
- 2.) Frl. Huth setzt sich sehr für die Klasse ein. Sie gibt einen für die Kinder interessanten Unterricht soweit es im Rahmen der gegebenen Umstände möglich ist und versucht an den Interessen der Kinder anzuknüpfen.
- 3.) Wir sind der Meinung, daß Tagesprobleme, unter anderem auch politische und wirtschaftliche, im Unterricht diskutiert werden sollten.
- 4.) Wir sind nicht der Meinung, daß die Kinder von Frl. Huth politisch beeinflußt werden.

Wir als die Eltern der Klasse H7 stehen voll hinter den Unterrichtsmethoden von Frl. Huth.

Brief der Elternvertreter

An die
Behörde für Schule
Jugend u. Berufsbildung
- Amt für Schule -

2 Hamburg 76
Postfach Nr. 588

den 18.1.1974

Sehr geehrter Herr Kaiser!

Durch Frl. Huth haben wir erfahren, daß ihr von Seiten der Behörde vorgeworfen wird, daß sie keine gute pädagogische Lehrerin sei. Hierzu möchten wir folgendes sagen:

Frl. Huth übernahm nach den Sommerferien eine Klasse, die aus zwei Klassen zusammengestellt wurde. Die eine Klasse war schon vorher als sehr laut und schwierig bekannt. Die Klassen waren vorher in Leistungskursen eingeteilt, jetzt wurden sie alle wieder zusammengewürfelt und Förderstunden wurden aus Lehrermangel gestrichen. Die Kinder mußten sich umstellen und sich an völlig neue Lehrer gewöhnen. Frl. Huth verstand es, die Kinder dahin zu bringen, daß sie in den von ihr unterrichteten Fächern ihr Soll lt. Richtlinien schaffte und eine nette Klassenkameradschaft zustande kam.

Wenn man von den Disziplinschwierigkeiten in den anderen Klassen hört, ohne daß sich die Lehrer dort durchsetzen können und man berücksichtigt, daß die Kinder, die sich gerade jetzt in einem schwierigen Alter befinden, muß man Frl. Huth sehr gute Eigenschaften als Lehrerin zusprechen. Sie versteht es sehr gut, auf jedes einzelne Kind einzuwirken und somit auch von den Kindern als nette Klassenlehrerin anerkannt zu werden.

Wir können nicht einsehen, daß Frl. Huth aus diesen Gründen entlassen werden soll und fordern die sofortige Rücknahme der Kündigungsandrohung.

Mit freundlichen Grüßen

INFORMATIONSBLATT DER ELTERNVERTRETER DER KLASSE H7

Wir haben uns bemüht, die aufgetretenen Probleme im kleinen Rahmen zu lösen, mußten aber leider feststellen, daß das nichts genützt hat. Wir meinen, daß das, was geschehen ist, alle Eltern interessieren wird und wollen sie hiermit informieren.

Unsere Klassenlehrerin der H 7, Frau Huth, hat stets guten Kontakt zu den Eltern insbesondere zu den Klassenelternvertretern. Sie hat alle auftretenden Probleme mit uns diskutiert, demzufolge auch Unterrichtsmethoden und Unterrichtsinhalt. Auch hatten wir sie gebeten, mit den Schülern Tagesprobleme, sowohl wirtschaftliche als auch politische, im Unterricht zu diskutieren. Dieses führte zu Schwierigkeiten von Seiten der Schulbehörde. Trotz einer Unterschriftensammlung, wodurch wir dokumentiert haben, daß wir voll zu den Unterrichtsmethoden von Frau Huth stehen, hat sich die Sache zu zugespitzt, daß die Schulbehörde nun ihre Entlassung erwägt. Und zwar nicht nur aus den vorstehenden Gründen, sondern an den Haaren herbeigezogenen Gründen wie z.B., daß sie eine Auffassung von Erziehung hätte, die in der Schule nicht zu dulden ist. So wurde ihr vorgeworfen, daß die Schüler bei ihr im Unterricht Apfelsinenschalen auf den Boden werden dürften, was aber nicht der Wahrheit entspricht.

Über Schwierigkeiten Frau Huths von Seiten der Schulbehörde und über die Gefahr einer Entlassung zu diskutieren, hatten wir bereits am 4.11.73 einen Elternabend einberufen. Dieser Elternabend wurde, ohne daß er überhaupt beginnen konnte, von Herrn Anderesen aufgelöst, mit der Begründung, daß das Thema nach dem Schulverfassungsgesetz kein Thema für einen Elternabend sein dürfte. Wir sind gerade der Meinung, daß alle Themen, die die Schule betreffen, von den Eltern in der Schule diskutiert werden dürfen und müssen. Wir möchten uns ganz energisch dagegen aussprechen, daß so etwas wie die Auflösung des Elternabends noch einmal passiert. Wir glauben, daß es hier um ein Recht aller Eltern geht, man also eine Zensur der Themen nicht zulassen kann.

Unsere Hauptbemühung im Moment ist, daß Frau Huth der Klasse als Lehrerin erhalten bleibt und entlassen wird. Deshalb haben wir uns mit einem Brief schon direkt an die Schulbehörde gewandt. Wir würden Sie bitten, uns durch Ihr zahlreiches Erscheinen zu unterstützen, denn wir meinen, daß wir zusammen mehr erreichen können.

Mit freundlichen Grüßen

Hamburg, den 21. Januar 1973

AN ALLE ELTERN DER H 7

1.2.1974

Liebe Eltern,
 Was wir alle befürchtet haben und verhindern wollten, ist eingetreten. Frau Huth ist ohne jegliche Begründung gekündigt worden. Ihre Entlassung steht zum 28.2.1974 an. Damit hat sich die Schulbehörde ganz entschieden gegen den Willen von uns Eltern gestellt.

Die Elternvertreter der Klasse waren am Mittwoch, den 30.1.74 bei Oberschulrat Kayser, um sich die Begründung der Schulbehörde einzuholen.

In dem einstündigen Gespräch, das wir mit dem Oberschulrat Kayser hatten, ist uns klar geworden, daß von Seiten der Schulbehörde nicht ein Grund vorhanden war, denn Herr Kayser konnte keinen Grund nennen. Er hat auf unser eindringliches Befragen nur mit Ausflüchten und mit allgemeinen Ausführungen geantwortet.

Wir hielten ihm vor, daß die Eltern und Kinder mit Fräulein Huth sehr zufrieden sind und sie deshalb auch weiterhin als Klassenlehrerin behalten wollen.

Darauf antwortete er sinngemäß, daß Entlassungen von Lehrkräften Sache der Schulbehörde sei, worauf die Eltern keinen Einfluß hätten und daß man sie auch nicht zu fragen brauche. Wörtlich sagte er außerdem:

"Das geht die Kinder einen Dreck an".

Wir finden, daß das in krassem Gegensatz steht zu den Vorstellungen, die wir alle vom Mitspracherecht der Eltern und Kinder in der Schule haben, die auch in den Schriften der Schulbehörde gefordert wird (z.B. Eltern und Schule, Handbuch für Hamburg).

Wir finden, daß wir das nicht einfach hinnehmen können.

Deswegen meinen wir, daß ein Elternabend zu diesem Thema so schnell wie möglich notwendig ist.

Zu diesem Elternabend laden wir auch Herrn Oberschulrat Kayser ein, damit er dort noch einmal vor allen Eltern der Klasse Stellung nimmt.

Der Elternabend wird am Mittwoch, den 6.2.74 im Klassenraum der H 7 stattfinden, um 19.30 Uhr.

gez. Olaf Slowikowski

gez. Ingrid Beneke

Hetzblatt des Elternratsvorsitzenden Niens

W A R N U N G !

E l t e r n , laßt Eure Kinder nicht verführen!

E l t e r n , schützt Eure Kinder vor willkürlichem Mißbrauch!

Das probeweise Anstellungsverhältnis der Lehrerin Frau Huth wurde von der Behörde mit Ablauf der Probezeit zum 28.2.1974 gekündigt. Frau Huth ist mit dieser Kündigung nicht einverstanden! Statt wie jeder normale Arbeitnehmer die ordentlichen Gerichte anzurufen, flüchtet Frau Huth sich in linksextreme politische Propaganda. Hierfür werden Ihre Kinder mißbraucht; z.B. zum Zeichnen der Plakate und Flugblätter.

Ich frage Sie, ist es richtig,

- daß 1.) Kinder nach Schulschluß für die eigenen Interessen der Lehrerin Frau Huth mißbraucht werden, obwohl diese Lehrerin in dieser Zeit die Förderstunden geben könnte, die nach ihren Angaben fehlen?
- daß 2.) von Frau Huth behauptet wird, es gibt keine Lesebücher für die H 7, obwohl die Schule über eine eigene Arbeitsbücherei mit ca. 200 Titeln in Klassenstärke = 7.000 Bücher verfügt?
- daß 3.) über den Putsch in Chile und die Folterungen in Griechenland gesprochen wurde, der Bau der Mauer und die dazugehörigen Schüsse, der Ungarnaufstand sowie die Besetzung der Tschechoslowakei jedoch unerwähnt blieben?
- daß 4.) behauptet wird, immer mehr Betroffene kommen zu den Sitzungen, obwohl die Teilnahme an den letzten Elternabenden immer mehr nachließ?
- daß 5.) ein Demonstrationzug veranstaltet wird, an dem kaum Eltern dieser Schule teilnehmen, sondern überwiegend Gesinnungsgenossen der Frau Huth?

Ich weise Sie ausdrücklich darauf hin, daß Sie Ihre Kinder aufmerksamer als üblich beobachten müssen, wenn Sie vermeiden wollen, daß Ihre Kinder politisch einseitig beeinflusst und für die persönlichen Interessen der Frau Huth mißbraucht werden.

Meine Kinder würde ich von dieser Lehrerin, die sich durch die Flugblätter offen als Kommunistin gezeigt hat, nicht unterrichten lassen.

Hamburg, den 21. Febr. 1974

DIETER NIENS
(Elternratsvorsitzender)
der Schule
Bismarckstr. 83/85

haben es nie nötig gehabt, anonyme Briefe zu verschicken (wie den Vordruck des Briefs an den NDR, den einige Eltern ohne genaue Kenntnis der Sachlage unterschreiben sollten) und anonym Drohungen durchs Telefon auszusprechen ("Gehen Sie nicht zur Demonstration! Dort sind Politrockers und Schläger!"). Aber manche Leute müssen offensichtlich zu solchen Methoden greifen, weil ihre Machenschaften das Tageslicht scheuen!



Am 30.1. schließlich bekam Chr. Huth ihre Kündigung. Damit trat ein, was die Schulbehörde bisher immer als Gerüchtemacherei bezeichnet hatte. Die Elternvertreter besuchten noch am selben Tag Oberschulrat Kayser, um die Entlassungsgründe zu erfahren. In einem einstündigen Gespräch mit ihm wurde ihnen klar, daß die Schulbehörde keine Gründe hatte, da Kayser keine vorbringen konnte. Er hat auf das eindringliche Befragen der Elternvertreter nur mit Ausflüchten und allgemeinen Ausführungen geantwortet. Schließlich verstieg er sich sogar zu der Aussage, daß es die Kinder "einen Dreck" angehe, wenn die Schulbehörde einen Lehrer auswechselt.

Darauf riefen die Elternvertreter erneut einen Elternabend zum Thema "Entlassung von Chr. Huth" ein, zu dem auch Oberschulrat Kayser und Schulleiter Andersen eingeladen wurden. Diesmal taktierte die Behörde anders: Der Elternabend konnte zwar stattfinden, aber die Eltern erhielten am Abend vorher ca. um 23.00 Uhr einen Eilbrief ("An die Erziehungsberechtigten"), mit dem Kayser alle Hoffnungen der Eltern auf Wiedereinstellung der Lehrerin zerstören wollte. Viele Eltern glaubten, mit ihrem Kind sei etwas passiert als so spät abends noch der Eilbote bei ihnen klingelte, und wagten kaum, den Brief zu öffnen. "Da kann man ja schon von Behördenterror sprechen," sagte ein Vater. Resultat diese Manövers der Schulbehörde: Zu dem Elternabend erschienen nur 16 Eltern, obwohl fast alle vorher ihr Kommen schriftlich zugesichert hatten.



Auch die Schüler wollten die Entlassung ihrer Lehrerin nicht einfach hinnehmen. Am 17.1. unterschrieben 31 der 33 Schüler der H 7 eine Resolution, in der sie sich gegen den Vorwurf der mangelnden pädagogische Eignung ihrer Lehrerin wenden. Es heißt dort: "Wir finden, daß es in den Fachunterrichten lauter ist als bei Frau Huth. Und darum finden wir, daß Frau Huth bleiben soll und muß."



Als sie von der Entlassung erfuhren, begannen sie Plakate zu malen und in der Schule aufzuhängen, Flugblätter zu schreiben und zu verteilen. Sie schrieben und probten ein Theaterstück, das auf der Veranstaltung des Komitees aufgeführt wurde. Sie schrieben an den "Stern" und den "5-Uhr-Club", damit möglichst viele Menschen von der Sache erfahren sollten.



Brief von Chr. Huth

AN ALLE ELTERN, LEHRER UND SCHÜLER DER SCHULE BISMARCKSTRASSE

Liebe Eltern, liebe Kollegen, liebe Schüler!

Wie ja sehr viele von Ihnen schon wissen, bin ich zum 28.2.74 von der Schulbehörde gekündigt. Jetzt wird von mir auch noch verlangt, daß ich bis zu diesem Zeitpunkt die Schule wechseln soll. Ich habe mich entschlossen, nicht an eine andere Schule zu gehen, weil ich glaube, daß ich an dieser Schule gut gearbeitet habe. Ich kann nicht einsehen, warum ich diese Schule verlassen soll.

Bisher sind mir auch von der Schulbehörde offiziell noch keine Kündigungsgründe genannt worden.

Meine Entlassung wurde ohne Begründung ausgesprochen. So bin ich gezwungen, mir die Begründung aus mündlichen Äußerungen zusammenzureimen.

Doch mit diesen kann ich mich in keiner Weise einverstanden erklären und dies zwingt mich heute, mich öffentlich an Sie zu wenden. Was wird mir vorgeworfen? Einmal: Mangelnde pädagogische Fähigkeiten. Das kann aber nicht der Kern sein; denn die Kinder aus den Klassen, die ich unterrichtete, waren mit meinem Unterricht zufrieden oder haben ihn akzeptiert. Die Eltern meiner Klasse, der H 7, haben sich nahezu einhellig hinter meine Unterrichtsinhalte und -methoden gestellt, indem sie eine Unterschriftensammlung durchführten.

Dann wurde mir bekannt, daß unser Schulleiter, Herr Andersen, mir vorwirft, daß ich mit dem Stoff nicht fertig geworden sei. Auch das kann nicht die Begründung sein; denn in meiner Klasse bin ich mit dem Pensum noch vor Ablauf des Schuljahres fertig geworden - wenn ich auch als Klassenlehrerin günstigere Bedingungen hatte als die Fachlehrer.

Andere Begründungen für angebliche pädagogische Unfähigkeit sind während der gesamten Tätigkeit an der Schule Bismarckstr. von keiner Seite genannt worden.

Ich glaube, man kommt der Sache schon näher, wenn man betrachtet, was Herr Oberschulrat Kayser mündlich als Grund angab und ausdrücklich nicht protokolliert haben wollte: Mangelnde Eignung warf er mir vor, weil ich nicht loyal genug gegenüber meinem Vorgesetzten gewesen sei. Was mir ferner - auch von Kollegen - vorgeworfen wird, ist, daß ich Unruhe in die Schule Bismarckstr. gebracht hatte. Was aber war geschehen?

Ich war kaum in der Schule, da wurde ich auch schon das erste Mal verhört. Warum? Weil ich während meiner Referendarzeit aktiv im Referendarvorstand, dem Vertretungsorgan von ca. 1000 Referendaren gearbeitet hatte. In diesem Referendarvorstand arbeitete ich u. a. mit Marita Hindemith und Peter Altenburg zusammen, die beide Mitglieder der Sozialistischen Studentengruppe (SSG) Gruppe Lehrer sind. Diese wurden zu jener Zeit gerade aus dem Schuldienst entfernt, weil die SSG das Protokoll einer geheimen Seminarleiterkonferenz veröffentlicht hatte, in dem die verschärfte Überwachung der Referendare durch die Seminarleiter angeordnet worden war. Allein die Tatsache, daß ich mit SSG-Mitgliedern im Referendarvorstand gearbeitet hatte, genügte, um mich mehreren Verhören zu unterziehen. Als Marita Hindemith und Peter Altenburg dann entlassen worden waren, und meine Schüler Flugblätter darüber in den Unterricht mitbrachten, und ich auf ihren Wunsch mit ihnen darüber diskutierte, da folgten erneute Verhöre, und man sprach bereits von Entlassung.

Meine Elternvertreter und ich kamen überein, alle diese Fragen auf einem Elternabend zu erörtern, weil es ein selbstverständliches Recht der Eltern sein muß, wenigstens darüber Bescheid zu wissen,

ob die Lehrerin ihrer Kinder entlassen wird oder nicht. Daß dies keine unbegründete Sorge war, zeigte der weitere Verlauf. Aber noch nicht einmal das Recht, sich über die Vorwürfe zu informieren, geschweige denn als Betroffene darüber zu entscheiden, wurde den Eltern zugebilligt. Der Elternabend wurde vom Schulleiter zum Erstaunen aller aufgelöst und mußte in einer Gaststätte fortgesetzt werden.

Ich frage Sie alle: Wer hat denn hier Unruhe gestiftet? Stiftet derjenige Unruhe, der sagt, es war falsch, diesen Elternabend aufzulösen oder derjenige, der ihn auflöst?

Es ist richtig: Ich habe immer meine Meinung offen gesagt. Auch über die Auflösung des Elternabends. Ich habe immer wieder darauf hingewiesen, daß Lehr- und Lernmaterial fehlen und habe selbst seitenweise Vorschläge zur Abhilfe gemacht. Ich habe es nicht stillschweigend hingenommen, als es mehrmal hintereinander durch die Decke in den Klassenraum hineinregnete. Aber wird dadurch Unruhe gestiftet, daß jemand sagt: es regnet rein - oder durch die Tatsache, daß soetwas passiert?

Offensichtlich ist es so: Die Schulbehörde traut sich nicht, die tatsächlichen Gründe für meine Entlassung anzugeben. Sie schiebt pädagogische Unfähigkeit und mangelnde Loyalität vor, um nicht ganz offen ein politisches Berufsverbot erlassen zu müssen. Sie kann mir nichts vorwerfen und nichts begründen.

Aber die Tatsache, daß ich mit einer Kommunistin, Marita Hindemith, im Referendarvorstand zusammengearbeitet habe und mit ihr in einer Wohnung wohne, scheint der Schulbehörde bereits so gefährlich zu sein, daß ich aus dem Schuldienst entfernt werden muß.

Man wirft mir vor, daß die SSG und der Kommunistische Bund Westdeutschland (KBW) meine Entlassung öffentlich verbreitet habe. Selbstverständlich habe ich in meiner Wohnung und in meiner Gewerkschaft über die Verhöre und meine Entlassung geredet. Dieses Recht, so sollte man meinen, steht doch wohl jedem zu. Aber es ist bezeichnend, daß der Personalrat, der meiner Entlassung zugestimmt hat, bei der ersten Befragung nach den Gründen meinte, daß ich die ganze Sache nicht hätte an die Öffentlichkeit bringen sollen; denn politische Gruppen hätten damit die Möglichkeit, diesen Fall für ihre Agitation zu benutzen. Und weiter wurde mir sinngemäß gesagt: Wenn man das schon seinem Freund sagt, dann muß man auch dafür sorgen, daß er das nicht weiterverwendet.

Was wird mir also vorgeworfen? Daß ich mit Kommunisten zusammen in den Referendarvorstand gewählt worden bin, und daß ich mit Kommunisten private Bekanntschaften habe.

Dies ist nichts Anderes als Sippenhaft. Damit kann ich mich nicht abfinden und setze mich mit aller Kraft dagegen zur Wehr.

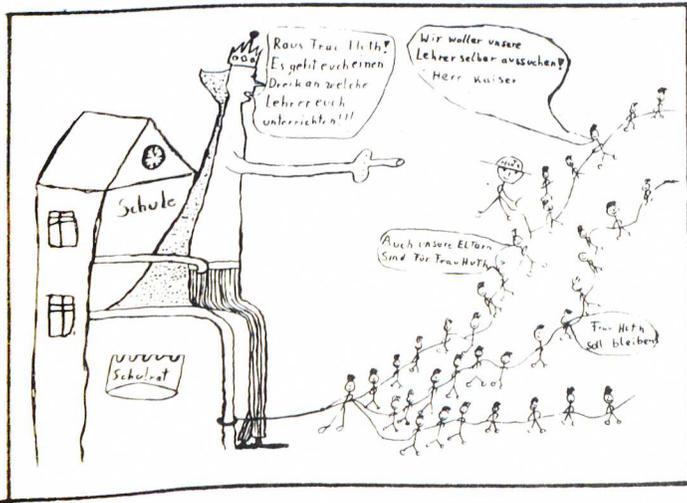
Ich wende mich an Sie alle. Denn ich glaube, hier geht es nicht nur um meinen Fall. Wo kommen wir hin, wenn angesichts des akuten Lehrermangels in Hamburg die Schulbehörde willkürlich Berufsverbote erlassen kann, wenn die Eignung zum Schuldienst davon abhängt, mit wem man zusammen wohnt und befreundet ist, wenn der Wille der Eltern und Schüler nichts gilt, obwohl doch gerade sie als diejenigen, für die die Schule da ist, auch darüber bestimmen müßten.

Wenn dieses Berufsverbot hingenommen wird, dann verzichten die Eltern auf ihr Recht, über die Erziehung ihrer Kinder zu bestimmen, dann werden viele Lehrer aus Angst, entlassen zu werden, ihre Arbeit nicht nach den Interessen der Bevölkerung ausrichten, dann werden die Schüler immer wieder gezwungen werden, - auch später im Berufsleben - sich dem stummen Zwang der Verhältnisse zu unterwerfen, anstatt ihre Interessen selbst in die Hand zu nehmen. Ich werde meine Entlassung nicht hinnehmen, weil man sonst die Willkür an der Schule hinnehmen müßte.

In diesem Sinne freue ich mich über jede Aktivität, die meine Wiedereinstellung unterstützt.

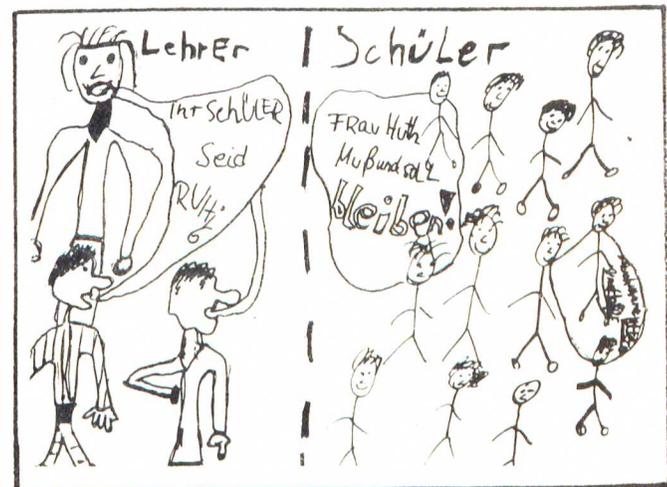
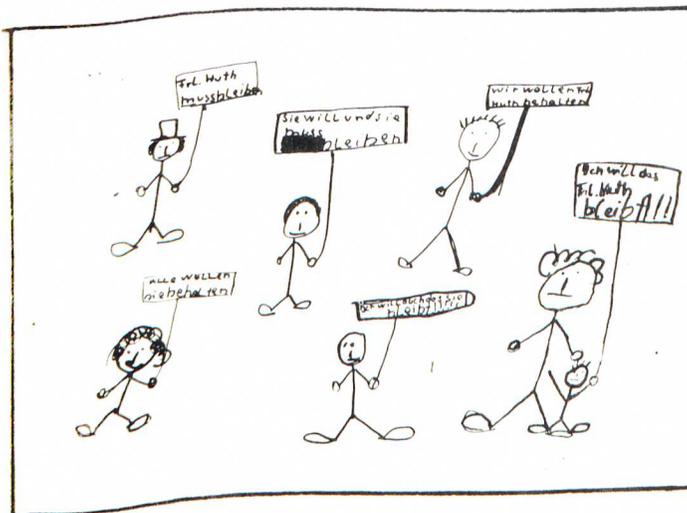
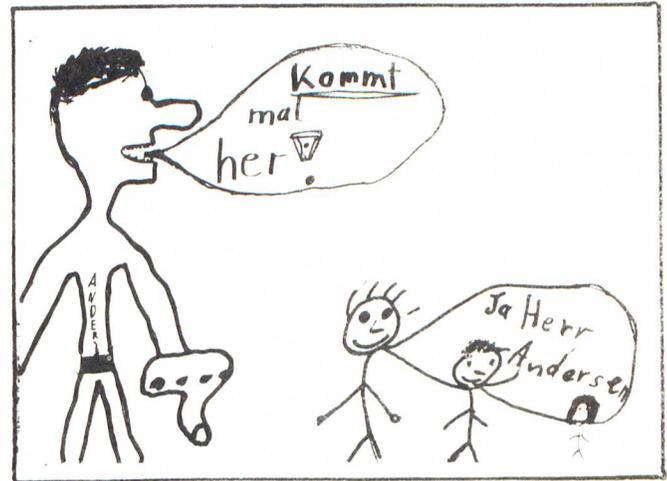
Mit freundlichen Grüßen

Plakate der Schüler



Frau Huth die
Lehrerin die die Schule
zum Flop macht muß
weg. Warum?

Wir wollen
Lehrer die an
uns denken und nicht
am Geld!!!



Doch damit nicht genug. Auch die Schüler wollten wissen, warum ihre Lehrerin gehen muß. Deshalb gingen einige von ihnen zur Schulbehörde, um von Senator Apel die Entlassungsgründe zu erfahren. Aber auch sie ließ die Schulbehörde abblitzen; Zwar wurden sie von Apel empfangen, aber Antwort auf ihre Fragen gab er ihnen nicht. Nach 5 Minuten sagte er: "Ende der Durchsage", ging raus und ließ die Schüler einfach sitzen. Das zeigt, daß auch Apel der Meinung ist, daß die Entlassung einer Lehrerin die Kinder einen Dreck angeht, auch wenn er es nicht offen ausspricht. Durch sein Auftreten und seine Antworten jedoch hat er diese Haltung deutlich gezeigt.



Flugblatt der Schüler:

Wir Schüler waren bei Senator Apel!

Wir Schüler haben uns am Bahnhof Hoheluft getroffen um Senator Apel zu besuchen. Wir wollten wissen, aus welchem Grund unsere Lehrerin Frl. Christiane Huth entlassen worden ist. Die Gründe wurden nicht genannt

Wir wollten gerade reingehen, als ein Herr aus der Reception kam und uns fragte: Was wir wollen? Wir sagten: "Wir wollen zu Senator Apel!" Er telefonierte dann: Wir durften nur mit 5 Leuten hochkommen. Wir fuhren dann in den 16. Stock und meldeten uns an. Einer war da aus dem Bismarckgymnasium der für seine Schülerzeitung Bilder machen und etwas dazu schreiben wollte. Aber das wollte Apel nicht haben. Der Junge durfte nicht mit hinein. Wir anderen wurden dann von Herrn Senator Apel empfangen.

Wir Schüler haben ihn gefragt: "Warum ist unsere Lehrerin entlassen worden?" Er sagte, daß ihm die Schweigepflicht auferlegt worden ist und er dürfte sich nicht dazu äußern.

Wir fragten: "Warum hat man in dem Brief, der an alle Eltern geschickt worden ist, geschrieben, daß Fraulein Huth versetzt worden ist und nicht, daß sie die letzten 14 Tage bis zu ihrer Entlassung auch zu Hause bleiben kann?"

Er antwortete: "War ich nicht großzügig, daß sie ihr Gehalt in den 14 Tagen weiterbekommt?"

"Wieso hat man ihr vorgeworfen, sie hat fehlende Eignung?"

Er sagte: Wir Kinder können uns nicht darüber unsern, ob eine Lehrerin geeignet ist oder nicht. Es wurde immer noch die Schulbehörde entscheiden, wer Lehrer wird und wer nicht.

(Die Schulbehörde kann die Eignung von unserer Lehrerin gar nicht beurteilen. Unser Schulleiter hat nur eine Unterrichtsstunde mitgemacht.)

"Warum hat man uns Schülern die Gründe nicht genannt?" Er sagte: "Es wäre nicht strafbar die Gründe nicht zu nennen. Er würde sich dann großer Kritik aussetzen. Er antwortete mit Ausflüchten und selbst dem Fernsehn hat er keine Auskünfte gegeben.

Dann sagte er: "Ende der Durchsage." Er ging raus und ließ uns einfach sitzen.

Als wir unten waren, wollten wir zu Oberschulrat Kayser. Denn wir fanden, daß Senator Apel auf unsere Fragen nicht richtig geantwortet hatte und nur Ausreden für uns hatte.

Herr Kayser war irgendwo im Haus und mußte erst gesucht werden. Als wir oben waren und ihn besuchen wollten mußte dieser angeblich zu einer Besprechung.

So ließ uns die Behörde einfach abblitzen ohne richtige Antworten auf unsere Fragen zu geben.

Apel und Kayser sind der Meinung, daß die Bevölkerung kein Recht hat, sich da einzumischen. Wir meinen aber, daß die Bevölkerung bestimmen soll, wer Lehrer ist. Weil die Schule nämlich für die Bevölkerung da ist oder da sein soll.

Deshalb machen wir eine Veranstaltung zu der ihr alle herzlich eingeladen seid. Und am Dienstag machen wir eine DEMONSTRATION zu der ihr alle kommen könnt. 18.00 Uhr an der U-Bahn Osterstraße.

**Dienstag, 26. 2., 18⁰⁰
U-Bahn Osterstraße
Demonstration
mit Fackelzug**

Schüler der Schule Bismarckstraße
im Komitee für ein demokratisches
Volksbildungswesen

Brief der Schulbehörde: „An die Erziehungsberechtigten“

Akteneinheit (Bil. Anst. Ver. 1.2.74) an die Eltern

Datum

5. Februar 1974

- S 312/31 -

Liebe Eltern der Klasse H 7 !

Durch Zufall erhielt ich am 4. Februar 1974 Kenntnis von dem Schreiben vom 1. Februar 1974, mit dem Sie zu einem am 6. Februar 1974 stattfindenden Elternabend von Ihren Klassenleiternvertretern eingeladen werden. Ich selbst bin offiziell noch nicht eingeladen worden. Da mir eine Teilnahme wegen der kurzfristigen Anberaumung des Elternabends und eine Umäusponierung bereits eingegangener anderweitiger Verpflichtungen nicht möglich ist, darf ich Ihnen keine Auffassung und die des Arttes für Schule zu dem anstehenden Thema auf diesem Wege mitteilen:

In dem o. a. Schreiben vom 1.2.1974 behaupten Ihre Elternvertreter, "daß von Seiten der Schulbehörde nicht ein Grund vorhanden war, denn Herr Kayser konnte keinen Grund nennen". Dies ist falsch. Das Amt für Schule hat mehrere Gründe, die zur Kündigung von Frau Huth führten.

Aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes sind aber weder ich noch andere Vertreter der Behörde berechtigt, Auskünfte Dritten gegenüber zu erteilen. Personalrechtliche Angelegenheiten können auch nur in den gesetzlich dafür vorgesehenen Mitbestimmungsgremien erörtert werden.

Die Behörde kann sich wie jede andere Institution über gesetzliche Bestimmungen nicht hinwegsetzen. Nach dem Schulverfassungsgesetz wirken die Eltern an Personalentscheidungen nicht mit. Dies gilt unabhängig von der Tatsache, daß im neuen Schulverfassungsgesetz erhebliche Mitsprache- und Mitwirkungsrechte für die Eltern neu geschaffen worden sind.

Dies alles habe ich u. a. Ihren Elternvertretern in dem Gespräch vom 30.1.74 erklärt. Ich darf hinzufügen, daß ich inzwischen von der Entscheidung des für Frau Huth zuständigen Personalarats Kenntnis habe; er hat der Kündigung zugestimmt, nachdem er Frau Huth angehört hat. Damit ist die gesetzlich vorgesehene Mitsprache in Personalangelegenheiten erschöpft.

- 2 -

Die mir in dem o. a. Schreiben unterstellte Behauptung "Das geht die Kinder einen Dreck an" habe ich nicht gebräucht. Sie wird von mir mit Nachdruck zurückgewiesen. Ich bitte Sie, bei Ihren Diskussionen und evtl. Beschlüssen am Elternabend davon auszugehen, daß alle Bürger dieses Staates für die Einhaltung der Gesetze eintreten müssen. Dies gilt für alle: Für Sie, Frau Huth, der der Rechtsweg offen steht, und auch für mich.

Abschließend darf ich der Hoffnung Ausdruck geben, daß die durch das Schreiben der Klassenleitervertreter vom 1.2.74 gesteigerte Unruhe durch meine vorstehenden Ausführungen versachlicht worden ist. Sollte ein Grund Ihrer Unruhe die Sorge um die Nachfolge von Frau Huth und Unterrichtsausfall für Ihre Kinder sein, so kann ich Ihnen versichern, daß ein neuer Lehrer zur Verfügung steht.

Mit freundlichem Gruß



Kayser

Oberschulrat

- 2 -

Stiz. 3 Hamburg 76, Hamburger Straße 31, Fernsprecher: 2 91 28 - 1

Geldüberweisungen an Amt für Schule, Palisaden Hamburg 6 Straße

Konten: Hamburgische Landesbank, (BLZ 250 200 00) Kto.-Nr. 104 109, Niemo-Sparverein 104, (BLZ 250 200 00) Kto.-Nr. 1001/23756

Hamburger Sparkasse von 1827, (BLZ 250 360 20) Kto.-Nr. 1286 13001; Fondach-Kassat Hamburg (BLZ 250 100 30) Nr. 33 84 204

000 0 13 HW

Zeitungsartikel
zur NDR-Sendung

„Bild“, Mo. 18.2.74 →

↓ „Welt“, Mo. 18.2.74 ↓

Protest gegen Fernsehsendung über entlassene Lehrerin

Schulsenator Apel ruft den NDR-Programmbeirat an

Scharfen Protest gegen einen Beitrag im „Freitagsmagazin“ des NDR-Fernsehens hat am Wochenende der Hamburger Schulsenator Günter Apel angekündigt. Apel will sich mit seinem Protest an Programmbeirat und Programmdirektor wenden. Der Fernsehbeitrag hatte sich mit dem Fall der angestellten Lehrerin Christiane Huth befaßt, deren Arbeitsverhältnis während der Probezeit von der Behörde gekündigt worden war.

Apel bezeichnete die Sendung als eine „grobe Irreführung der Öffentlichkeit“; der Beitrag habe wissentlich falsche Angaben enthalten. Ein Sprecher der Schulbehörde meinte dazu gestern auf Anfrage, das „Freitagsmagazin“ sei dem Versuch Christiane Huths gefolgt, ihre Kündigung fälschlich „aufs politische Gleis zu schieben“.

Christiane Huth, die bislang an der Haupt- und Realschule Bismarckstraße im Stadtteil Hoheluft unterrichtet hatte, war aus gesundheitlichen Gründen nicht zur Beamtin ernannt worden. Nach Angaben der Schulbehörde wurde der Angestelltenvertrag fristgerecht vor

Ablauf der Probezeit zum 28. Februar gekündigt. Begründet wird diese Kündigung damit, die Behörde sei zu der Überzeugung gekommen, „daß Frau Huth für den Schuldienst nicht geeignet ist“.

Diese Einschränkung hänge nicht etwa mit der politischen Einstellung der Lehrerin zusammen, sondern sei ausschließlich in ihrer Persönlichkeit begründet. Eine öffentliche Darlegung der Kündigungsgründe wird von der Behörde abgelehnt unter Hinweis auf „grundsätzliche Erwägungen, die sich auf den Persönlichkeitsschutz begründen“.

Senator protestiert gegen NDR-Sendung

Hamburg, 18. Februar
Scharfen Protest gegen eine Sendung im NDR-„Freitagsmagazin“ kündigte Hamburgs Schulsenator Apel an. Der Bericht über die Lehrerin Christiane Huth sei eine „grobe Irreführung der Öffentlichkeit“ gewesen. Der Lehrerin sei nicht aus politischen Gründen gekündigt worden.

Nach Angaben des Behördensprechers wird der Lehrerin unter anderem zum Vorwurf gemacht, sie habe sich gegenüber der Schulleitung illoyal verhalten und „den Schulfrieden gestört“.

Unter anderem mit Flugblättern hatte Christiane Huth versucht, die Schule Bismarckstraße für ihren Fall zu mobilisieren. Dabei stellte sie die Behauptung auf, daß politische Motive bei ihrer Kündigung eine Rolle gespielt hätten. Diese Behauptung wurde gestern von der Schulbehörde als „absurd“ bezeichnet. Das „Freitagsmagazin“ des NDR-Fernsehens sei jedoch trotz ausführlicher Information zum Fall Huth auf diese Argumentation eingegangen.

Bemängelt wurde von dem Behördensprecher auch, daß die Fernsehsendung einen Beschluß des Lehrerkollegiums unerwähnt gelassen hatte. Darin hatte das Kollegium gefordert, daß die Lehrerin bis zum Ablauf ihres Arbeitsverhältnisses an eine andere Schule versetzt werden sollte.

Die Behörde hat daraufhin in der letzten Woche Christiane Huth vor die Alternative gestellt, sie zu versetzen oder unter Fortzahlung der Bezüge auf ihre Dienstleistung zu verzichten. Die Lehrerin hat das zweite Angebot angenommen. Sie unterrichtet seither nicht mehr an der Bismarckstraße. ei

ANZEIGE

INTERNATIONALE BUCH-UND ZEITSCHRIFTENHANDLUNG

2000 Hamburg 13 · Hallerplatz 8 · Telefon (0411) 44 42 65

Zweigniederlassung der INTERNATIONALE Buch-und Zeitschriftenhandlung Berlin

- Dokumentation zu den Berufsverboten für fortschrittliche und kommunistische Lehrer, zum Fall Johanne Mayr 1,50DM
- INTERNATIONALE SOLIDARITÄT Nr.12/73
Ausbildung in Albanien 1.- DM
- Erziehungswesen in der Demokratischen Republik Vietnam 3.-DM
- Proleterische Schule und Universität in China 8.-DM
- Aktionsprogramm des Kommunistischen Oberschülerverbandes 1.50DM
- Marx/Engels zur Erziehung 8.40DM
und andere Klassiker zur Erziehung
- Geschichte der Erziehung 14.- Quellen zur Geschichte 13.-DM
- Hoernle, Grundfragen proleterischer Erziehung 4.80DM
Broschüren über Schule und Universität in der VR China
- Literatur zur Erziehung in der DDR. Studentenspreisen der KSV-Zelle PI

Zuschriften an Massenmedien

Anonymer Vordruck eines "Protestschreibens" an den NDR

Lieber 5-Uhr-Klub

Ich finde es gemein, daß Fräulein Huth entlassen wird. Die Begründung ist, so sagt es jedenfalls die Schulbehörde, daß sie nicht geeignet sei. Das glaube ich nicht. Wir hatten sie in Reglignon und da hat sie immer ganz tolle Bücher vorgelesen, z. B. über einen armen Jungen, der hieß Nino Pocettino oder einem Jungen, der im Helm lebt, und noch viele andere Geschichten. Dann haben wir darüber diskutiert. Es machte sehr viel Spaß und alle fanden den Religionsunterricht toll. Auch meine große Schwester schwärmte sehr oft von ihr. Sie hatte nämlich Fräulein Huth als Klassenlehrerin. Auch andere, die von ihr unterrichtet wurden, finden Fräulein Huth toll. Darum möchten wir, daß Fräulein Huth auf unserer Schule bleibt. Ich hoffe sehr, daß der 5-Uhr-Klub etwas unternehmen kann.

Vielen Dank

Liebe Stern Redaktion!

Wir möchten Sie bitten, daß Sie in Ihrer Zeitung eine kleine Spalte von dem Fall Christiane Huth bringen. Um es kurz in Stichworten zu fassen: Fräulein Huth hat die Mißstände an unserer Schule frei und offen gesagt und auch diskutiert, nicht nur mit uns auch mit ihren Kollegen. Als sich die Sache zuspitzte, wurde sie zum 26.2.1974 gekündigt. Da sie sehr intensiv mit den Eltern und Schülern zusammen gearbeitet hat, wurde ihr zum Vorwurf gemacht, daß sie uns alle aufbetzen würde. Am 13.2.1974 aber wurde sie schon auf eine andere Schule versetzt, zur Franzosenkoppel, wo sie aber nicht hingegangen ist. Sie blieb zuhause und arbeitete weiter mit uns zusammen. Wir gründeten ein Komitee für ein demokratisches Volksbildungswesen. Es wird von einem ehemaligen Kollegen der Bismarckschule behauptet, daß die anderen Kollegen sich bedroht fühlen. Wer von uns Schülern öffentlich Fräulein Huths Partei ergreift, wird vom Schulleiter runtergeputzt. Wir sind der Meinung, daß das nicht richtig ist. Wir haben uns schon an den NDR gewendet, der auch etwas gesendet hat. Darauf kam ein Artikel in der Bild-Zeitung und der Welt, daß Senator Apel Anzeige gegen den NDR erstatten will: wegen Irreführung der Bevölkerung. Zur weiteren Orientierung sende ich Ihnen ein paar Flugblätter anbei.

Mit fröhd. Gruß

An die Programmredaktion
des NDR-Fernsehen
2000 Hamburg 13
Nothenbaumchaussee

Betr.: Norischaumagazin vom 15.2.1974
Schule Bismarckstr. 83/85

Sehr geehrte Herren!

Ihren Beitrag zum obigen Thema haben wir mit Empörung zur Kenntnis genommen.

Sendungen, die eindeutig so einseitig informieren, wünschen wir künftig nicht mehr zu sehen.

Zu Ihrer Information teilen wir Ihnen mit, daß weder oppositionell eingestellte Eltern noch der Elternrat der Schule von den Verantwortlichen dieser von uns als provokatorisch angesehenen Sendung betrafft worden sind.

Hochachtungsvoll

An alle Schüler :

Helft mit, daß Frl. Huuth nicht entlassen wird!

Fast alle Eltern und Kinder sind dafür das Frl. Huuth bleibt. Nur die meisten Lehrer und die Schulbehörde sind dagegen. Es ist sowiso schon Lehrer-mangel an den Schulen und trotzdem schmerzt die Behörde noch Frl. Huuth raus. Gerade an der Bismarschule fordern die Eltern Förderstunden. Diese Förderstunden können aber nicht gegeben werden, weil dafür die Lehrer fehlen. Frl. Huuth ist ja nicht die einzige Lehrerin die rausgerollt worden ist. Wir müssen das verhindern, damit die Kinder mehr Stunden bekommen und nicht so viele ausfallen. Die Schulbehörde droht auch anderen Lehrern mit der Entlassung, wenn sie

sich für die Eltern und Schüler einsetzen und die schlechte Situation nicht hinnehmen. Zum Beispiel: Zu viele Kinder in der Klasse sind. Und für die 7Hauptschulklasse keine Lesebücher vorhanden sind.

Manche Kinder werden von dem Schulleiter Herrn Andersen mit dem Pauschmüß bedroht, wenn sie sich dagegen wehren, daß Frl. Huuth rausgeworfen wird. Vermutlich macht er es deshalb, weil er die Kinder einschüchtern will. Damit diese Sache nicht bekannt wird und damit sich die Eltern und Schüler nicht dagegen wehren.

Es haben sich auch schon Schüler zusammen gefunden, die sich am Donnerstag um 14.30 Uhr

an der U-Bahn Hoheluft treffen. Wir wollen zu Senator Apel in die Schulbehörde gehen und ihm sagen, daß wir zu Frl. Huuth halten und sie behalten wollen.

Am nächsten Samstag treffen wir uns bei Karstadt in der Osterstrasse um 11 Uhr. Plakate bringen

Schüler der Schule
Bismarkstraße

wir mit. Ihr könnt aber noch welche malen. Der Zweck daß, daß wir den Leuten zeigen wollen, daß wir Frl. Huuth behalten wollen. Wir werden auch nicht eher ruhen, bis sie wieder in der Schule ist. Kommt alle und sagt es euren Eltern, damit sie auch kommen.

Donnerstag, 14.30 Uhr, U-Bahn Hoheluft:
Gang zur Schulbehörde

Freitag, 19.30 Uhr, Evangelische
Studentengemeinde, Grindelallee 9:
Veranstaltung mit Theaterstück usw.

(Wer noch mitspielen will, kann sich bei uns melden!)

Samstag, 11.00 Uhr, Karstadt Osterstr.

Dienstag, den 26.2., 18.00 Uhr, U-Bahn Osterstr.
Fackelzug durch Eimsbittel

verantwortlich:

Dirk Zoellner
2 Hamburg 20
Hegestr. 41
Tel. 460 40 32

Anlage: 3000
Datum: 18.2.74
Druck: Eigendruck

Komitee für ein demokratisches Volksbildungswesen gegründet!

Eltern der Klasse H 7 und andere Eltern der Schule Bismarckstr., Lehrer, Studenten, Schüler und andere Bewohner Eimsbüttels haben die Konsequenzen aus dem Verhalten der Schulbehörde und des Staates, der die Rechte der Bevölkerung an der Schule nicht anerkennen will, gezogen: Sie haben ein Komitee für ein demokratisches Volksbildungswesen gegründet, um den Kampf um die Schulen besser führen zu können. Das Komitee besteht z.Zt. aus jeweils ca. 40 Erwachsenen und Schülern. Noch vor Christiane Huths Entlassung folgten sie einem Aufruf, in dem es heißt: "Wir treten dafür ein, daß Christiane Huth im Schuldienst bleibt, weil sie sich in ihrer Arbeit auf die Seite der Schüler und Eltern gestellt hat, weil sie sich für die Interessen der Bevölkerung an der Schule eingesetzt hat. (...) Wir schließen uns zusammen, weil es uns um alle Schulen, um alle Kinder geht, weil wir jetzt in Eimsbüttel damit beginnen wollen, organisiert die Interessen der Bevölkerung und ihre Rechte an der Schule und der Ausbildung der Kinder wahrzunehmen."

Dazu muß sich das Komitee auf die Bevölkerung selbst stützen. Es führte eine Versammlung im Stadtteil durch, auf der Schü-

ler der Schule Bismarckstr. in einem Theaterstück zeigten, warum sie Christiane Huth als Lehrerin behalten wollen: weil sie in ihrer Arbeit von den Interessen der Schüler und Eltern ausging und deshalb einen interessanten Unterricht machte.

Anschließend sollten Senator Apel, Oberschulrat Kayser und Schulleiter Andersen zur Rede gestellt werden. Doch die hohen Herren glänzten durch Abwesenheit. Sie hielten es offenbar nicht für nötig, den rund 300 Anwesenden Rede und Antwort zu stehen. Dafür waren zwei Lehrer der Schule Bismarckstr. erschienen, um den Standpunkt der Behörde zu vertreten.

Der Kern ihrer Aussage: Wenn ein Lehrer entlassen wird, ist das eine schulinterne Angelegenheit, die die Öffentlichkeit nichts angeht. Denn die Öffentlichkeit, namentlich die Schüler und ein großer Teil der Eltern, könne gar nicht überblicken, um was es hier geht. Und ein geschickter Lehrer könne überhaupt seine Klasse für alles, was er will, hinter sich bringen.

Solche Sätze sind ein direkter Schlag ins Gesicht für die Bevölkerung. Sie zeigen, was solche Lehrer von den Eltern und Schülern halten: Sie seien einfach zu dumm,



ELTERN, BÜRGER VON EIMSBÜTTEL:

KÄMPFEN WIR GEMEINSAM FÜR EINE BESSERE SCHULE!

Am 31.1. erhielt die Lehrerin Frau Huth, die seit einem halben Jahr die H 7 in der Bismarckschule unterrichtet, ihr Kündigungsschreiben.

Was hat die Schulbehörde bewogen, eine Lehrerin zu entlassen, obwohl an Hamburgs Schulen Lehrer fehlen und Stunden ausfallen?

Die Schulbehörde selbst hüllt sich in Schweigen. Gründe für die Entlassung wurden in dem Kündigungsschreiben nicht genannt.

Eltern und Kinder waren froh, endlich in Frau Huth eine Lehrerin gefunden zu haben, der es in der kurzen Zeit ihrer Tätigkeit gelungen war, die zuvor aus zwei recht schwierigen Klassen zusammengefaßte jetzige H 7 in eine Klassengemeinschaft zu fügen.

Die Eltern sind deshalb besonders verärgert über die Entlassung. Sie glauben aber, die Gründe zu kennen.

1. Christiane Huth arbeitete mit den Eltern sehr gut zusammen, was offensichtlich nicht im Interesse der Schulbehörde lag. Der Schulleiter löste einen Elternabend auf und wies Eltern und Christiane Huth aus der Schule. Begründung: "Schwierigkeiten von Frau Huth mit der Schulbehörde, Befürchtung einer Entlassung" seien kein Thema für einen Elternabend. "Wenn ich einen Autounfall habe, rufe ich auch keinen Elternabend ein".

2. Sie hat alle Mängel an der Schule offen ausgesprochen und sie mit den Eltern sowie mit den Schülern diskutiert. Z.B. enge Klassenräume, schlechte Ausrüstung, Lärm von der Straße, Fehlen von notwendigen Förderstunden.

Die Eltern haben schon Ende letzten Jahres durch eine Unterschriftenliste gegenüber der Schulbehörde gezeigt, daß sie voll hinter den Unterrichtsmethoden von Frau Huth stehen. Auch die Schüler haben schon Unterschriften dafür gesammelt, daß Frau Huth an der Schule bleibt. Die Eltern glauben daher, daß es bei der Entlassung von Frau Huth darum geht, die Aktivitäten der Eltern für die Ausbildungsinteressen ihrer Kinder zu verhindern. Dabei muß es doch das Recht der Eltern sein, zu entscheiden, welche Ausbildung ihren Kindern nützt und welche ihnen schadet - welche Lehrer die Kinder unterrichten und welche nicht.

Und weil wir die Erfahrung gemacht haben, daß wir von der Schulbehörde nichts zu erwarten haben, deshalb haben wir uns zusammengeschlossen. Wir fordern alle Interessierten auf, mit uns aktiv zu werden.

Wir planen:

- Informationsblätter über die Entlassung und die Mißstände an den Schulen, Informationstische im Stadtteil,
- eine Veranstaltung im Stadtteil, zu der wir Oberschulrat Kayser und Senator Apel einladen,
- eine Demonstration im Stadtteil.

Dafür brauchen wir die Unterstützung aller! Denn eine bessere Schule, das ist in unserer aller Interesse.

Am 5.1., 21.30 Uhr traf per Eilboten an die betroffenen Eltern ein Brief von Oberschulrat Kayser ein. Leider ist er für Mittwoch den 6.2. an der Teilnahme am Elternabend verhindert. Wir wollen Herrn Kayser aber Gelegenheit geben, zu einem späteren Zeitpunkt vor einer größeren Versammlung zu den Vorgängen an der Schule Bismarckstr. Stellung zu nehmen. Gleichzeitig fordern wir Senator Apel auf, seine Meinung zu der Entlassung zu sagen.

- Keine Entlassung von Christiane Huth!
- Sofortige Offenlegung der Entlassungsgründe!
- Wir Eltern müssen selbst bestimmen können, welche Lehrer unsere Kinder unterrichten dürfen und welche nicht!

In seinem Eilbrief bestreitet Oberschulrat Kayser, in seinem Gespräch mit den Elternvertreter zum Punkt "Entlassung einer Lehrerin" gesagt zu haben: "Das geht die Kinder einen Dreck an". Damit bezichtigt er die Elternvertreter indirekt einer Lüge. Diese können jederzeit bestätigen, daß diese Worte gefallen sind.

.....

Treffpunkt: Do. 19³⁰ Gaststätte Lange, Goebenstr. 11

.....

Herausgeber:

KOMITEE

**Für ein demokratisches
Volksbildungswesen**

Verantwortlich: . . .

Dirk Zoellner, Hamburg 20
Hegestr. 41 TEL: 4604032

Auflage: 5000 DATUM:
Druck: Eigendruck 8.2.74

um sich in ihre eigenen Angelegenheiten einzumischen. Denn es ist Sache der Eltern und Schüler, welche Lehrer unterrichten und was sie unterrichten. Jeder, der ihnen einreden will, die Probleme der Schule seien zu schwierig für sie, der vertritt nicht ihre Interessen; denn die kennt doch wohl die Bevölkerung selbst am besten. Deshalb muß sie auch bestimmen können, welche Lehrer unterrichten und welche nicht. Solche Lehrer, die der Bevölkerung absprechen wollen, darüber zu entscheiden, die wollen nur ihr eigenes und das Süppchen der Schulbehörde kochen - solche Lehrer können wir nicht gebrauchen. Das war der übergroßen Mehrheit der Versammlung klar.

Außerdem hat das Komitee eine Demonstration in Eimsbüttel durchgeführt, an der sich ca. 500 Menschen beteiligten. Viele Menschen beobachteten den Zug vom Straßenrand, ihren Fenstern und Balkonen aus und solidarisierten sich mit den Forderungen der Demonstranten.

Im Komitee ist klar: Mit dem Kampf um die Lehrerin Christiane Huth ist der Kampf um die Schulen nicht zuende, sondern wir haben ihn in Eimsbüttel gerade erst begonnen. Zu groß und zu vielfältig sind die Mißstände an unseren Schulen, als daß die Bevölkerung sie einfach hinnehmen könnte: Von der gesetzlich festgelegten Lehrmittelfreiheit ist an der Schule nicht allzuviel zu merken, vielfach herrscht materielle Not, was die Größe der Klassenräume, die Versorgung mit Fachräumen und Sportmöglichkeiten angeht. Bücher fehlen oft ganz.

So ergab z.B. in der Helene- Lange- Schule eine Ausmessung der Klassenräume durch die Schüler, daß nur ein Raum der gesetzlich vorgeschriebenen Größe entspricht. Außer-



dem fehlen 11% der notwendigen Lehrer. Eltern einer ehemaligen 6. Klasse der Schule Bismarckstr. mußten ein Lehrbuch für DM 7,80 selbst kaufen - ganz abgesehen von den Ausgaben für Klebstoff, Scheren, Stoffe für den Handarbeitsunterricht, Tuschkästen usw., die schon fast als selbstverständlich gelten. Schon lange fordern die Eltern und Schüler das Aufstellen von Trinkautomaten, damit die Schüler nicht mehr unter den Wasserhähnen zu hängen brauchen - aber die Schule unternimmt nichts und vertröstet die Eltern und Schüler immer wieder. An der Helene- Lange- Schule wurde den Schülern das Recht auf freie Meinungsäußerung genommen. Ihnen wurde das Aufhängen einer Wandzeitung verboten, in der sie den Unterricht einer Lehrerin kritisierten.



Besonders die Mißstände an den Volks- und Realschulen, wo Fachräume für den Physik-, Chemie- und Werkunterricht fehlen, Förderstunden nicht gegeben werden und häufig sich mehr als 30 Schüler in einer Klasse drängen müssen, zeigen, daß die Ausbildung darauf ausgerichtet ist, einem Teil der Kinder gerade das Nötigste für die Arbeit in der Fabrik beizubringen, während ein anderer Teil lernen soll, eben diese Fabrikarbeiter zu beaufsichtigen und zu kommandieren.

Um sich und den anderen Eltern im Stadtteil Klarheit zu verschaffen über die Schulwirklichkeit in Eimsbüttel, hat das Komitee einen Fragebogen herausgegeben. Besonderes Augenmerk legen wir dabei auf die Durchsetzung der gesetzlich bestehenden Lehrmittelfreiheit, die in der Schulwirklichkeit kaum durchgesetzt ist. Denn heute sieht es an vielen Schulen doch so aus, daß die Kinder reicher Eltern z.B. teure Stoffe mit in den Handarbeitsunterricht

Flugblatt der Eltern

EIMSBÜTTEL:

ELTERN UND SCHÜLER KÄMPFEN FÜR IHRE LEHRERIN FRAU HUTH

Die Lehrerin, Frau Huth, steht auf der Seite der Eltern und Schüler. Sie ist von der Schulbehörde gegen den Willen der Eltern und Schüler zum 28.2.1974 entlassen worden. Die Eltern sind im Gegensatz zur Schulbehörde mit dem Unterrichts von Frau Huth sehr zufrieden.

Um den immer stärkeren Druck von Seiten der Eltern, die die Lehrerin Frau Huth als Lehrerin ihrer Kinder behalten wollen, abzublocken und ihm auszuweichen, hat die Schulbehörde Frau Huth mit sofortiger Wirkung an eine andere Schule versetzt oder ihr anheim gestellt, bis zum 28.2.74 zu Hause zu bleiben.

Wir werden uns durch dieses Manöver nicht in unserer Entschlossenheit beirren lassen. Wir werden so lange für die Wiedereinstellung von Frau Huth kämpfen, bis sie wieder Lehrerin unserer Kinder in der Schule ist. Dafür kämpft auch unser Komitee für ein demokratisches Volksbildungswesen. Von Sitzung zu Sitzung kamen immer mehr Betroffene und Inter-

essierte. Das zeigt, daß die Unzufriedenheit mit den Zuständen an der Schule wächst.

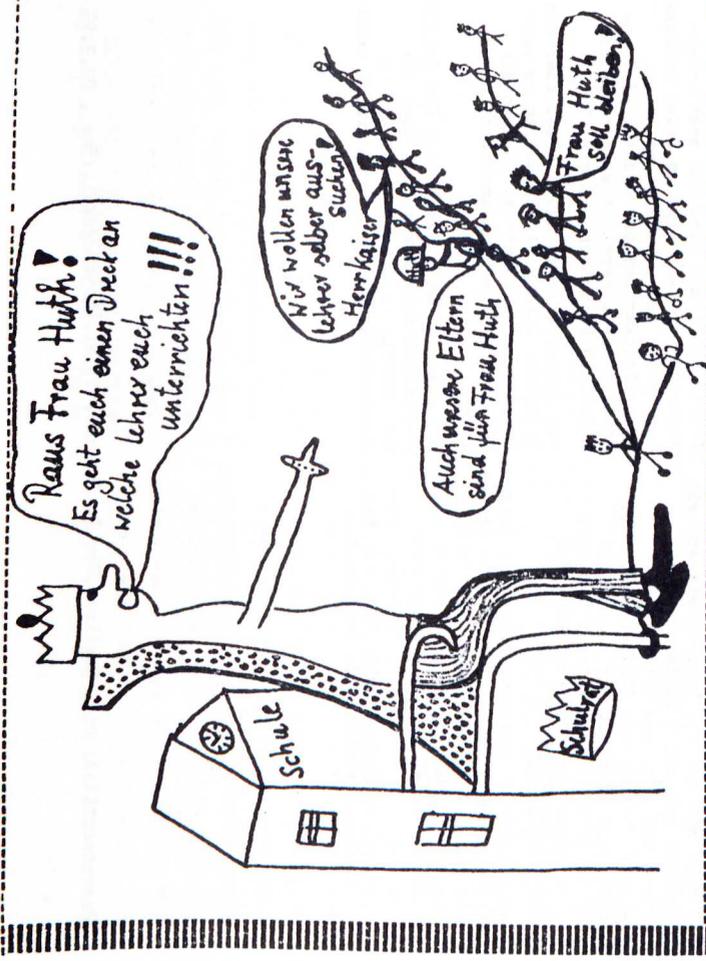
Denn:

Wo gibt es schon Schulen, wo sich nicht zu viele Schüler in zu kleinen Klassen drängeln müssen? wo Schüler nicht schulmüde werden, weil sie mit Wirklichkeitsfremden Unterrichtsinhalten vollgestopft werden und nicht das lernen, was ihnen nützt?

wo Stunden ausfallen, Förderstunden nicht gegeben werden, weil Lehrer fehlen?

DARAN WIRD SICH NUR ETWAS ÄNDERN, WENN DIE ELTERN FÜR IHR RECHT KÄMPFEN? DARÜBER ZU BESTIMMEN? WIE DIE SCHULE AUSSEHEN SOLL!

Wir fordern alle Hamburger Bürger auf, den Kampf zu unterstützen. Die Probleme sind überall die gleichen: Mißstände bestehen, Lehrer werden entlassen. Wenn wir es schaffen, daß Christiane Huth wieder eingestellt wird, dann haben wir alle bessere Voraussetzungen.



VERANSTALTUNG Freitag, 22.2.74 19.30 Uhr

Hamburg - Haus Eimsbüttel Doormannsweg 12

Bisher geplant:

- Theaterstück von Schülern der Schule Bismarckstraße Eingeladen sind:
- Berichte von anderen Schulen ■ Senator Apel
- Erfahrungen der Eltern mit der Schulbehörde ■ Oberschulrat Kayser
- u.a.m. ■ Schulleiter Andersen

- > Unterstützt die Demonstration!
- > Redet mit euren Nachbarn, Kindern, Eltern, Schülern, Kollegen!
- > Schreibt uns oder wendet euch telefonisch an uns!

► Kommt zur nächsten Sitzung des KOMITEES FÜR EIN DEMOKRATISCHES VOLKSBIILDUNGSWESEN Donnerstag, 20 Uhr, Gaststätte "Lange", Goebenstraße 1

Flugblatt

Soll, wer die Lehrerin Frau Huth unterstützt, nur für dunkle Zwecke eingespannt werden ??!

Am Donnerstag, den 21.2.74, wurde an die Schüler der Schule Bismarckstraße ein Flugblatt mit der Überschrift "Warnung" verteilt. Dieses Flugblatt "warnte" vor der Lehrerin Frau Huth, die von dieser Schule gegen den Willen ihrer Schüler und Eltern "versetzt" worden ist und die jetzt aus dem gesamten Hamburger Schuldienst entlassen werden soll.

Das Flugblatt wurde an alle Schüler der Schule Bismarckstraße verteilt, nur nicht an die Schüler der H 7, der Klasse von Frau Huth.

Es ist sehr merkwürdig, daß dieses Flugblatt, in dem immer wieder von "Mißbrauch" und dunklen Zwecken auf der Seite von Frau Huth die Rede ist, nicht offen gerade an diejenigen verteilt worden ist, die es direkt angeht - die Schüler und Eltern der Klasse H 7. Wer wirklich "aufklären" will und wer sogar soweit geht, daß er den moralischen Zeigefinger der "Warnung" erhebt, man solle sich nicht von Frau Huth und "Gesinnungsgenossen" "mißbrauchen" lassen, der wird schon Tatsachen auf den Tisch legen und sachliche Gründe anstelle von Verdächtigungen und Unterstellungen vorbringen müssen!

Es ist doch sehr verdächtig, wenn man - wie hier geschehen - gerade die Betroffenen selbst nicht anspricht (vielleicht weil man meint, daß die es sowieso besser wissen ??) und stattdessen allerlei dunkle Andeutungen von "Mißbrauch" und "kommunistischen Zwecken" verbreitet!

Frau Huth soll schlecht gemacht werden, auch bei denen, die ihre Arbeit in der Schule Bismarckstraße kennen. Da man das nicht mit sachlichen Darstellungen kann, greift man jetzt zu Gerüchten und Rufmord, um die Eltern und andere Menschen im Stadtteil Eimsbüttel zu verwirren und einzuschüchtern.

Oder was ist es anderes, wenn behauptet wird (in der "Warnung"),

daß 1.) Frau Huth nach Schluß des Schullehrer für ihre eigenen Interessen "mißbraucht", statt Förderstunden zu geben. Soll das etwa nicht dazu dienen, Frau Huth für die fehlenden Förderstunden verantwortlich zu machen, statt die Schulbehörde? Und was bezweckt der Nachsatz "...die nach ihren Angaben fehlen" anders, als einzureden, Frau Huth lüge und Tatsächlich fehlen doch gar keine Förderstunden?

daß 2.) die Schule Lehrmaterial im Überfluß habe? Soll das etwa nicht dazu dienen, den Eindruck zu erwecken, Frau Huth lüge, wenn sie sagt, es gäbe für die 7. Hauptschulklasse keine Lesebücher?

daß 3.) Frau Huth zwar über Chile und Griechenland, aber z.B. nicht über die Mauern und die Besetzung der Tschechoslowakei im Unterricht gesprochen habe? Soll das etwa nicht dazu dienen, Frau Huth - die doch nur über aktuelle politische Ereignisse im Unterricht gesprochen hat - Einseitigkeit und Scheuklappen zu unterstellen? Soll das etwa nicht den Eindruck verwickeln, daß Frau Huth als erste Lehrerin an der Schule Bismarckstraße die Klasse H 7 zu "meisterern" gezwungen hat und sich voll und ganz für ihre Schüler und Eltern eingesetzt hat?

daß 4.) die Teilnahme an den letzten Elternabenden immer mehr nachgelassen habe? Soll das etwa nicht dazu dienen, den Eltern anderer Klassen und anderer Schulen einzureden, sie würden sich einer kleinen "linksextremen" Minderheit anschließen, wenn sie für die Wiedereinstellung von Frau Huth einträte (was den Tatsachen schon

insoweit widerspricht, als sich fast alle Eltern der H 7 für Frau Huth ausgesprochen haben?) überfordert "Gesinnungsgenossen" der Frau Huth und kaum Eltern der Schule an der Demonstration teilnehmen werden? Soll das etwa nicht dazu dienen, andere Eltern von der Demonstration fernzuhalten und ihnen die ganze Sache als dummes Gezänk von Frau Huth und ihren "Gesinnungsgenossen" mit der Schulbehörde abzutun und ihnen einzureden, daß alles habe mit den Interessen der Eltern rein gar nichts zu tun?

Wir aber meinen: ES IST im Interesse der Eltern, - wenn eine Lehrerin in ihrem Unterricht die Kinder zu kritischem und vorurteilsfreiem Denken erzieht! - wenn sie auf die Lehrmittelpappheft hinweist und damit Forderungen von Eltern und Schülern unterstützt! - wenn sie mit den Schülern aktuelle politische Probleme wie z.B. Chile und Griechenland diskutiert und sich dabei gegen jede Unterdrückung des Volkes in jedem Land wendet!

Unser Ziel ist ein demokratisches Volkswesen, wo es keinen Herrn Kayser mehr gibt, der sagen kann, die Entlassung von Lehrern ginge die Schüler einen Dreck an. Wo es keinen Senator mehr gibt, der uns Eltern als "Hanseln" bezeichnet (so Schulsenator Apel auf einer Wahlveranstaltung in Bergedorf, wo

Frau Huth vor einigen Jahren Lehrerin war). Die Eltern und alle Mitbürger im Stadtteil müssen über die Vorgänge an der Schule bestimmen können, doch sind wir für Lehrer, die uns dabei unterstützen - Lehrer wie Frau Huth. Deshalb ist offensichtlich die Schulbehörde auch gegen Frau Huth. Deshalb versucht sie wohl auch, uns Eltern mit allen möglichen Märgen davon abzuhalten, daß wir für Frau Huth eintreten.

NIEMAND kann etwas gegen unsere erwähnten Forderungen an die Schule sagen. Die verteilte "Warnung" tut das auch nicht.

Stattdessen wird jetzt jedoch so vorgeschrieben, daß man vorgedruckte Protestschreiben gegen eine Fernsehsendung über den "Fall Huth" austilt. Ohne konkrete Kenntnisse und im blinden Glauben an die düsteren "Warnungen" von höherer Stelle, soll man hier nur noch unterschreiben und als eigenen Brief schicken. Was andere schon formuliert haben. Aber "Indoktrination" - das treibt ans Geblich die andere Seite, das treiben angeblich Frau Huth und wir !?

Nur ganz bestimmte Leute haben aber ein Interesse daran, die Tatsachen die öffentlichen Auseinandersetzung zu umgehen.

Davon werden sich die Eltern der Schule Bismarckstraße, davon wird sich die Bevölkerung im Stadtteil Eimsbüttel nicht einschüchtern und verwirren lassen.

Flugblatt der Eltern

Demonstrieren wir gemeinsam gegen die Entlassung der Lehrerin CHRISTIANE HUTH und für eine bessere Schule!

Die Veranstaltung am 22.2.74 im Hamburg-Haus, zu der ca. 300 Teilnehmer - überwiegend Eltern und Schüler - kamen, hat uns gezeigt, daß für die Arbeit des KOMITEES FÜR EIN DEMOKRATISCHES VOLKSSEL-DUNGSWESEN ein großes Interesse bei der Bevölkerung besteht.

Wir sind der Meinung, daß wir mit unseren Forderungen an die Schulbehörde im Recht sind. Das zeigt auch die Beiträge der Redner auf der Veranstaltung. Von den 17 Sprechern (weitere 7 konnten aus Zeitmangel leider nicht mehr rankommen) traten 15 für die Wiedereinstellung von Christiane Huth und für eine bessere Schule ein. Auch Vertreter anderer Elterninitiativen erklärten sich mit den Zielen des Komitees solidarisch.

Die beiden Gegenredner waren zwei Lehrer aus der Schule Bismarckstraße. Einer von ihnen behauptete, im Namen des Kollegiums zu sprechen. Sie gaben offen zu, daß die Missetände, die C. Huth angeprangert hat, der Wahrheit entsprechen. Nur sollten sie nicht an die Öffentlichkeit dringen. "Das stört den Schulfrieden."

Doch was ist das für ein Frieden, der zu Lasten der Schüler und ihrer Ausbildung erhalten werden soll?

Serade jetzt erheblich gekürzt. In dem Brief an die Eltern der Klasse 1a heißt es: "Wir bitten um Ihr Verständnis." Eltern und Lehrer, die für diese Zustände, die durch die Schulpolitik der Behörde herbeigeführt werden, kein Verständnis aufbringen, also den "Schulfriede" stören, werden mit Maßnahmen wie Entlassung, Versetzung, Umschulung des Kindes (ebenfalls geschehen in

RESOLUTION

Die Teilnehmer der Veranstaltung des KOMITEES FÜR EIN DEMOKRATISCHES VOLKSSEL-DUNGSWESEN am 22.2.74 protestieren gegen die Entlassung der Lehrerin Christiane Huth. Sie sehen darin einen Beweis, daß die Schulbehörde tatsächlich nicht im Interesse der Bevölkerung arbeitet. Das zeigt sich gerade darin, daß die Entlassung gegen den ausdrücklich und mehrfach erklärten Wunsch der Eltern und Schüler ausgesprochen worden ist. Das zeigt sich auch darin, daß sich die Situation an den Schulen - trotz aller Versprechungen besonders jetzt im Wahlkampf - tatsächlich nicht verbessert, sondern immer noch ein Teil der Kinder ausgebildet wird, um später bloß Maschinen zu bedienen, während ein anderer Teil dazu ausgebildet wird, die Arbeiter zu beaufsichtigen. Das zeigt sich auch daran, daß trotz angeblicher Lehrmittelfreiheit Eltern auch weiterhin für Material ihrer Kinder bezahlen müssen.

Aus diesen Gründen sind wir der Meinung, daß sich die Schulsituation nur dann und in dem Umfang verbessern wird, wie wir selbständig und gemeinsam dafür kämpfen.

WIR ELTERN UND SCHÜLER MÜSSEN SELBST ENTSCHIEDEN KÖNNEN, WELCHE LEHRER UNTERRICHTEN DÜRFEN UND WELCHE NICHT!

FÜR EINE GLEICHE, EINHEILICHE UND KOSTENLOSE AUSBILDUNG ALLER KINDER UND JUGENDLICHEN!

KEINE ENTLASSUNG VON CHRISTIANE HUTH!

Wir fordern alle Bewohner von Eimsbüttel, alle Eltern, Schüler und Lehrer in ganz Hamburg auf, die sich an der Demonstration zu beteiligen.

DEMONSTRATION

mit FACKELN und LATERNEN

Dienstag, 26.2.74
18 Uhr U-Bhf. Osterstrasse

Abschlusskundgebung: gegen 19 Uhr vor der Schule Bismarckstraße

bringen, mit denen das Nähen viel mehr Spaß macht als mit billigen Stoffresten. Oder: Wer sich Spikes- Schuhe leisten kann, der läuft eben schneller als einer, der nur die billigsten Turnschuhe oder gar kein Turnzeug hat. Reiche Eltern können ihren Kinder Bücher und teures Lernspielzeug kaufen, während andere Kinder in die Röhre gucken.

Deshalb muß für die vollständige Lehrmittelfreiheit gekämpft werden: Auf Elternabenden muß über Lehrmittelfreiheit geredet werden und darüber, wie man sie durchsetzt. Vor allen Dingen aber muß gehandelt werden: Die Eltern müssen sich weigern, notwendige Anschaffungen selbst zu bezahlen. Für gekaufte Dinge sollte man die Rechnungen klassenweise sammeln und zur Schulbehörde schicken mit der Forderung, das Geld zurückzuerstatten.

Und die Eltern müssen aufgeklärt werden über die Veränderungen an der Schule, die die Behörde in letzter Zeit klammheimlich durchzusetzen versuchte. Sie hat neue Richtlinien und Stundentafeln herausgegeben, nach denen die Stundenzahl im Haupt- und Realschul-Bereich in wichtigen Fächern zum Teil erheblich gekürzt wurden. Gleichzeitig wurden deutlich die verschiedenen Lernziele im Volks- und Realschul-Bereich und den Gymnasien festgelegt: So ist das Ziel im VR-Bereich: "Die Erziehung zu Pünktlichkeit,

Zuverlässigkeit und Verantwortungsbewußtsein, zu sauberer und vollständiger Ausführung schriftlicher und praktischer Arbeiten, zu sachgerechter Behandlung von Lehr- und Arbeitsmitteln, zur Schonung von Räumlichkeit und Mobiliar, zu rücksichtsvollem Umgang mit fremden Eigentum." Anders an den Gymnasien: Dort soll angestrebt werden, "daß die Schule nicht ausschließlich fachunterrichtliche Lernerfolge belohnt, sondern auch soziale Fähigkeiten weckt und entsprechende Leistungen wie Betreuung schwächerer Mitschüler, Ausführung von Ämtern, Erfüllung von Führungsaufgaben anerkennt."

Darüber muß auch noch im Komitee diskutiert werden. Denn ist es etwa richtig, daß Arbeiterkinder, die nur selten auf die Oberschule kommen, nicht für die Übernahme von Führungsaufgaben ausgebildet werden sollen? Oder sollten nicht alle Kinder dafür ausgebildet werden, sich in alle öffentlichen Angelegenheiten einmischen zu können? Denn Arbeiterkinder sind doch nicht dümmer als Kinder reicher Eltern!

In der Resolution, die auf der Versammlung verabschiedet wurde, wird gefordert: "Für eine gleiche, einheitliche und kostenlose Ausbildung aller Kinder und Jugendlichen!" Diese Forderung muß sich das Komitee zueigen machen.



ANZEIGE



boutique

Hoheluftchaussee 41

GE M O D E A U S P A R I S

U N D L O N D O N

T Ä G L I C H N E U H E I T E N !

MANIFEST

**POLITISCHER
BUCHLADEN**

**Hamburg 13
Schlüterstr. 79
Tel. 44 40 03**

ANZEIGE

**DER EINZIGE
LINKE
NICHT-PARTEI-
LADEN
IN HAMBURG**

**Internationale
marxistische Diskussion
Internationale Zeitschriften
Sortiments-Kartei**

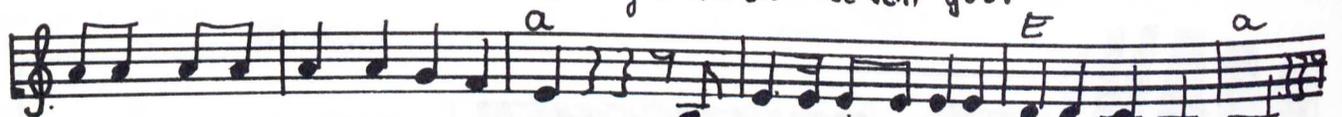
**Zur materialistischen Geschichtsauffassung
Kapital und Staat Marxismus und Ästhetik
Archive und Klassikergesamtausgaben
Geschichte der Klassenkämpfe
Der gegenwärtige Imperialismus und der
internationale Klassenkampf
Die gesellschaftliche Entwicklung der BRD
Internationale Agitations- und Propaganda-
publikationen und theoretische Organe**

**Pädagogik Psychologie Psychoanalyse
Philosophie Soziologie
Kinder- und Jugendbücher**

DIE LEHRERIN FRAU HUTH MUSS BLEIBEN!



1) In Ham burg gibt es ei ne Leh re rin, die heißt Chris tia ne Huth
 Von der die El tern und die Schü ler sag ten: - "Sie ist sehr gut!" Doch der Schul be



hör de war die Leh re rin ein Graus; drum warf sie sie ein fach aus dem Schul dienst raus.



REFRAIN
 Die Leh re rin Frau Huth muß blei ben, sonst wer den wir's der Schul be hörde zei gen, da



hält kei ner still; denn wenn wir fest zu sam men hal ten dann kann sie nicht mehr



schat ten und ver wal ten wie sie will

2) Sie berichtete den Schülern und den Eltern was so an der Schule lief. Und was kam dabei zum Vorsch ein: Nur Misere und Behörden miß. Christiane Huth, die hielt nicht immer, wie sie sollte, ihren Mund, das wurde ihrer vorgesetzten Schulbehörde schnell zu bunt.

3) Als die Eltern fragten beim Schulrat nach dem Entlassungsgrund fuhr dieser ihnen ziemlich unverschämt über den Mund. Eltern solln angeblich gar nicht wissen, was ein Lehrer kann. Und wer die Schüler unterrichtet, gehe sie ein un Dreck an.

4) Die Eltern und die Schüler hatten nur ein paar Fragen gestellt. Da wurde ihnen deutlich, daß die Schulbehörde sie zum Narren hält. Gemeinsam neh men sie die Sache in die eigne Hand. Sie wollen nicht mehr im Getriebe Öl sein, sondern Sand.

5) Was lernen wir aus der Geschichte von Christiane Huth: Geht ein Lehrer mit dem Volk, so geht es ihm kurzfristig nicht gut. Doch es zeigte sich, daß die Bevölkerung ihn dann auch unterstützt! Und das ist gut für beide, weil es beiden längerfristig nutzt!